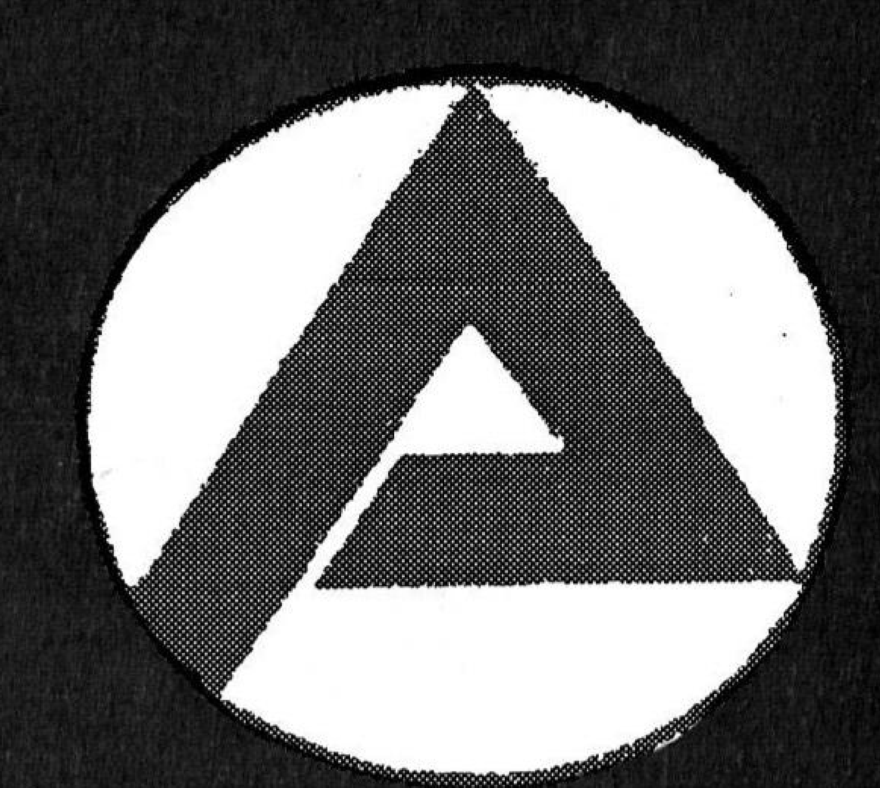
INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

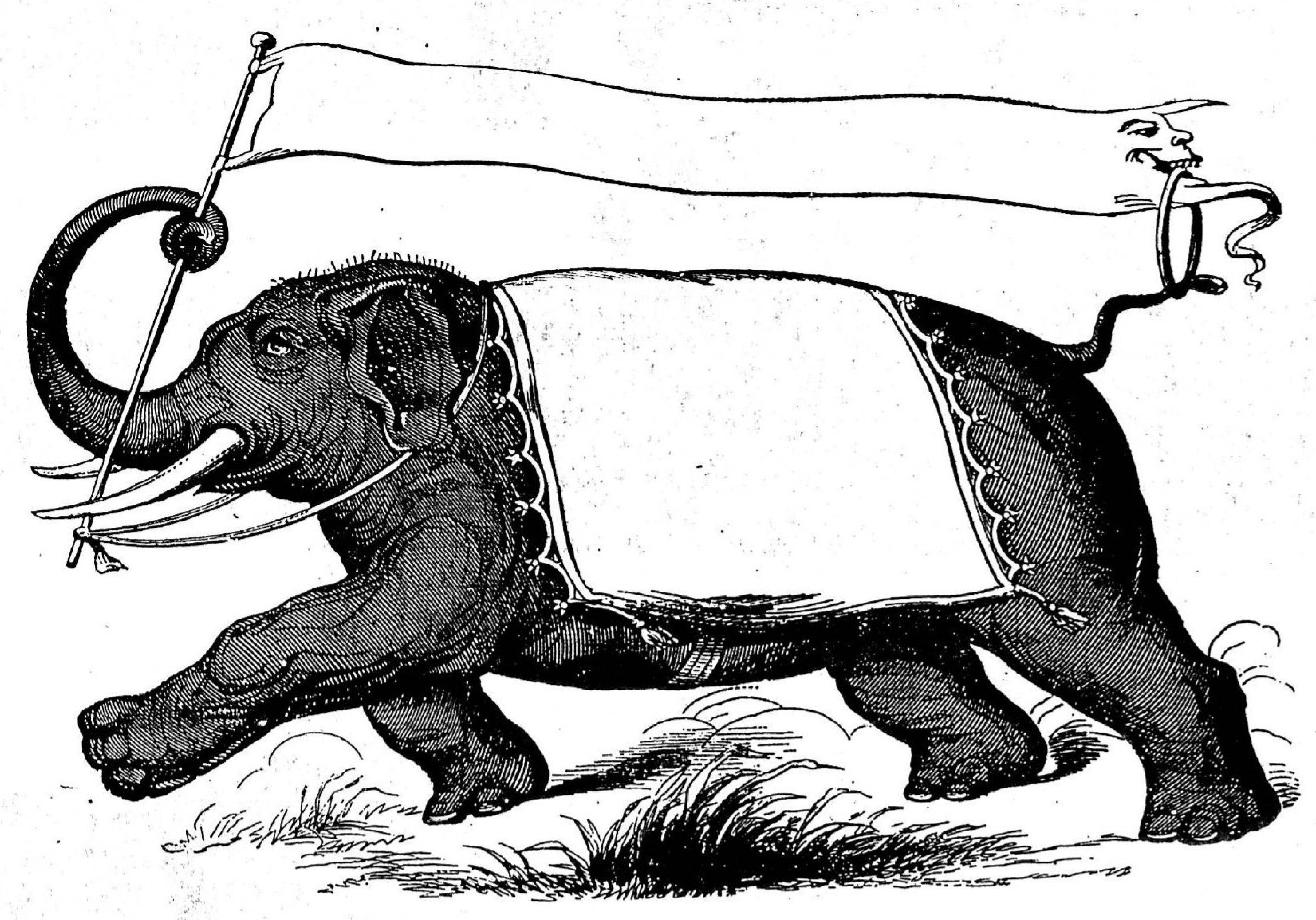
2,50 DM



LA CLASSE OPERAIA VA IN PARADISO

Nr. 360

25.1.1996



Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

drin

draußen

- aufruf des stuttgarter komitees zur unterstützung der kurdischen politischen gefangenen
- eröffnung infoladen "cafe exzess" in frankfurt/m
- interview mit frauen der gruppe mondsicheln über die demo am 18.11.95 in köln
- erklärung der zelle für internationalismus zum anschlag auf american express büro



*** TKDV Prozeß gegen Carsten Daumel
25.1.96 9.00 Uhr Landgericht Berlin (Turmstr.)
*** TKDV Prozeß gegen Volker Wiedersberg
8.2.96 Amtsgericht Potsdam

WIR GEHEN NICHT UNTER IN UNSEREN NIEDERLAGEN,
SONDERN IN DEN KÄMPFEN, DIE WIR NICHT GEFÜHRT HABEN !

heute um 17 uhr haben wir das haus mainzer str.23 besetzt, da für uns diese worte immer noch gültig sind.

im november 90 wurde die straße von den bullen militärisch geräumt, die ehemals bunten häuser wurden in langweilige wohnhäuser mit geschäften umsaniert. doch 3 häuser sind immer noch leer,zugemauert und dem verfall überlassen.
bei der räumung der mainzer str. war das wahre interesse von staat und kapital auch nicht die wohnraum sanierung, vielmehr sollte das recht auf eigentum militärisch geschützt und durchgesetzt werden.
wohnraum als ware ist ein direktes produkt des kapitalismus (siehe wohnungspolitik im ehem. real -sozialismus).
eine der grundlegenden wurzeln bzw. pfeiler des kapitalismus ist das recht auf eigentum.
diesen pfeiler gilt es anzugreifen. das ist das ziel unseres kampfes für mietfreies wohnen für alle!
dieser kampf wird auch nicht durch repression à la mainzer straße gebrochen, weil wohnen ein grundbedürfnis aller menschen ist.
auch nach der räumung der mainzer straße wurden häuser erfolgreich besetzt, egal ob sie verträge bekamen
oder bis heute "illegal" geblieben sind. gruppen wie die ag "schöner wohnen " benutzen das kampfmittel hausbesetzung, um ihr ziel, ein soziales zentrum, ähnlich denen in italien und spanien, zu verwirklichen.
über die szene hinaus gab und gibt es initiativen, z.b. aus nichtseßhaften-cafes, häuser zu besetzen, die erfolgreich waren und sind.
die herrschenden haben es nicht geschafft, ihr im schengener abkommen gesetztes ziel, bis 1992 die eg besetzerInnenfrei zu bekommen, durchzusetzen, und wir werden dafür sorgen, daß sie es nie erreichen werden.
wir wollen nicht nur ein haus, wir wollen die ganze stadt, by any means, necessary!
hausbesetzung heißt für uns auch kampf gegen ein system, dessen alltäglicher faschismus jetzt mit den morden von lübeck wieder eskalierte.

Kommt zu uns, solidarisiert euch mit uns, bringt essen und trinken mit.

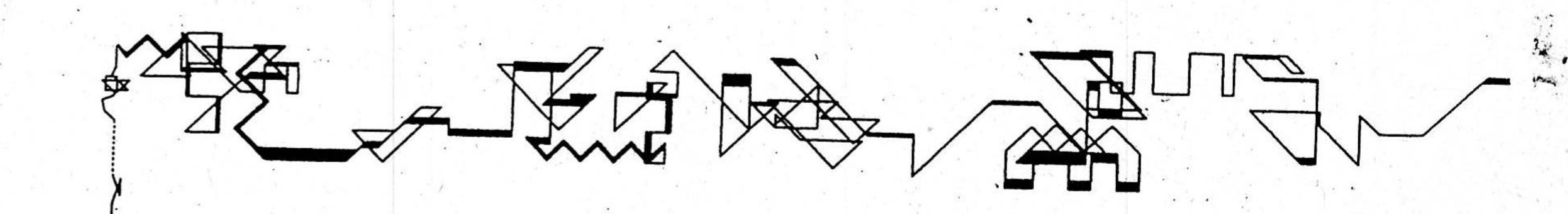
der häusermob

zur besetzung der mainzer str.23

das haus gehört der IMAG immobilien gmbh,mainzer str.3, die es seit 5 jahren leerstehen läßt und auch noch nichts darin gemacht hat.
eine erfahrung für uns war,daß wir die bullen überschätzt haben. dadurch wurden die möglichkeiten der aktion nicht voll genutzt.
interessant fanden wir,daß die bullen den befehl hatten ohne blaulicht in die mainzer einzubiegen,um "anwohner nicht zu beunruhigen + den stadtfrieden nicht zu stören".

zeitgleich mit der besetzung wurde unser flugblatt im kiez verteilt. die reaktionen waren überwiegend positiv.

die während der "räumung" im haus verbliebene gruppe "hausbesetzerinnen beobachten die polizei" belauschten/ beobachteten die bullen sowohl beim sich -abarbeiten an der barrikade (bulle:"wie in alten zeiten") als auch bei den ablösungen + besprechungen (z.b.wie machen sie das haus dicht).
gegen 23 uhr verließen die letzten besetzerinnen das haus.



Prozeß gegen den Totalverweigerer Oliver Blaudszun

Am 22.1.96. findet um 13.00 Uhr vor dem Amtsgericht Tiergarten (Turmstraße) der Prozeß gegen Oliver Blaudszun statt. Oliver war schon in der DDR Totalverweigerer und saß dort wegen Republikflucht 15 Monate in Haft. Die Bundeswehr war nun so frei, ihn auf Grundlage einer NVA-Musterung zum 3.1.94 einzuberufen. Ein Skandal! Aus dem Ausland versuchte Oliver die Einberufung aufheben zu lassen. Vergeblich. Wegen Fahnenflucht wurde ein Haftbefehl ausgestellt und bei der Einreise wurde er am 27.11.95 auf dem Flughafen Frankfurt verhaftet. Seitdem sitzt Oliver in U-Haft, wo er bis zum Prozeß am 22.1. bleiben wird, denn der zuständige Richter lehnte wegen Fluchtgefahr eine Haftverschonung ab.

Freiheit für Oliver Blaudszun!
Kommt massenhaft zum Prozeß!

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, SOKO Oliver B.

Erklärung von Benjamin Ramos Vega zum Abbruch seines Hungerstreiks

Berlin, 12.1.96

Heute nachmittag breche ich den Hungerstreik ab, da ich die Klage der Anwälte akzeptiere und die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abwarten will (1). Diese 14 Tage waren aufgrund der Kälte, meines geringen Gewichts und meiner geschwächten Gesundheit sehr hart, aber die Gefühle, die soviel Solidarität von hier und und anderswo (Katalonien ...) in mir ausgelöst haben, haben mir geholfen, unbeugsam und meiner selbst sicher zu bleiben. Ich kann nicht aufhören, daran zu denken, was mich im monarchistischen spanischen Staat erwartet, wo die Strategen und Baumeister des Terrors die gefangenen Genossinnen und Genossen unmenschlichen Bedingungen unterwerfen und nicht einmal ihre eigenen Gesetze beachten, wenn es gegen die Opposition geht. Es sind die Faschisten, diese spanischen Nationalisten, die mitansehen mußten, wie ihre heiligen, unantastbaren Grenzen in den letzten 98 Jahren verändert wurden (Kuba, Puerto Rico, Marokko, Guinea, Sahara) (2), die zusammen mit ihren Kollaborateuren den Terror, die Folter und das langandauernde Leiden zur Verfügung haben und benutzen, immer auf der Suche nach den Grenzen der menschlichen Existenz. In dieser größtmöglichen Schutzlosigkeit, in der sich die politischen Gefangenen befinden, verstreut über das ganze monarchistische Staatsgebiet und weit entfernt von ihrer Heimat Euskal Herria (3), sehen sie sich unzählige Male gezwungen, lange und schmerzhafte Hungerstreiks zu machen, während derer sie auch noch beständig mißhandelt und beleidigt werden, damit überhaupt die Gesetze der spanischen Nationalisten angewendet werden.... Ich denke an Teneriffa, Salto el Negro, Sevilla etc. (4). Wenn ich die Kampagne der Angehörigen sehe, mit dem unbefristeten Hungerstreik für die Wiederzusammenlegung aller baskischen Gefangenen in ihrer Heimat, für die Amnestie und die Freiheit von Euskal Herria (5), kann ich die große Freude spüren, die es bedeutet, unter Menschen zu sein, die ihre Würde nicht verloren haben. Das ist ein gutes Zeichen dafür, daß Euskal Herria sehr lebendig ist und die nationale Souveränität Realität werden wird.

Ich schicke meine immense Umarmung allen Müttern, Vätern, Genossinnen und Genossen, die ohne jemals nachzulassen soviel geben.
Für immer: Euskal Herria Askatu - Freiheit für das Baskenland !

Benjamin Ramos Vega

Anmerkungen

(1) Die AnwältInnen von Benjamin Ramos Vega haben gegen den Beschluß des Berliner Kammergerichts vom 27.12.95, mit dem seine Auslieferung für "rechtlich zulässig" erklärt wurde, Verfassungsbeschwerde eingereicht.

(2) ehemalige spanische Kolonien, die der spanische Staat durch Kriegsverluste oder Befreiungskämpfe verloren hat.

(3) seit 1987 sind die 550 baskischen politischen Gefangenen auf über 90 Gefängnisse des gesamten Staatsgebietes außer dem Baskenland aufgeteilt.

(4) Haftorte baskischer politischer Gefangener, die besonders weit vom Baskenland entfernt sind (z.B.: Teneriffa 3000 km).

(5) seit dem 15.12.95 führen die Angehörigen der baskischen politischen Gefangenen eine unbefristete Hungerstreikkette durch, die sie bis zur Wiederzusammenlegung der Gefangenen im Baskenland aufrechterhalten wollen.

Büren, die Dritte?

Büren, die Dritte!

Ende Mai/Anfang Juni soll zum dritten Mal eine bundesweite Demo am Abschiebeknast in Büren stattfinden. Einen entsprechenden Vorschlag gab es ja bereits beim letzten bundesweiten Treffen von Flüchtlings-UnterstützerInnen-Gruppen und antirassistischen Initiativen. Das regionale Treffen unabhängiger Flüchtlings-UnterstützerInnen-Gruppen und antirassistischen Initiativen NRW hat nach längeren Diskussionen im Dezember 95 beschlossen, eine solche Demo zu organisieren.

Schon wieder 'ne Demo in Büren? Das wiederkehrende Ritual als Motor revolutionärer Veränderung? Oder einfach nur Einfallslosigkeit?
Im Wesentlichen haben wir uns von der leider nicht zu leugnenden Tatsache leiten lassen, daß alle Gründe, die bislang Anlaß für die Demo gegen Büren waren, weiterhin unverändert bestehen (zentrales Symbol für die Abschiebepolitik, größter Abschiebeknast der BRD, Unterstützung der einsitzenden Flüchtlinge, etc. – siehe bisherige Diskussion, Flugblätter und Aufrufe).
Es ist aber ein neuer Grund dazugekommen: die rot-grüne Koalition. Seit Herbst vergangenen Jahres sind die Grünen in NRW direkt mitverantwortlich für die Aufrechterhaltung der Abschiebknäste in NRW – so unangenehm dies dem einen oder der anderen von ihnen auch sein mag. Gerade auch gegen rot-grün müssen wir auf der Forderung nach sofortiger Abschaffung der Abschiebknäste und Stop der Abschiebungen beharren, um jeder Legitimierung des Abschiebesystems entgegenzutreten.

Für die diesjährige Demo haben wir bislang folgende Vorstellungen entwickelt:
— selbstverständlich wollen wir auch dieses Jahr hartnäckig versuchen, im Rahmen der Demo direkt am Knast eine Kundgebung mit der großen Lautsprecheranlage durchzuführen und so – zumindest akustischen – Kontakt mit den einsitzenden Flüchtlingen herzustellen.
— in zeitlich engem Zusammenhang mit der Demo planen wir eine inhaltliche Veranstaltung im Raum Büren/Paderborn zur Flüchtlingspolitik mit Schwerpunkt auf den auch in der liberalen Öffentlichkeit so gern verdrängten wesentlichen Bestandteilen dieser Politik wie Lager, Abschiebeknäste und Todesopfer. Zu dieser Veranstaltung wollen wir auch 'bekannte Persönlichkeiten' gewinnen, die GegnerInnen dieser Asylpolitik sind. Zum einen wollen wir damit einen Beitrag zur inhaltlichen Auseinandersetzung in einer hoffentlich etwas erweiterten Öffentlichkeit leisten; zum anderen können wir vielleicht auch dadurch die Möglichkeiten verbessern, daß wir die Demo nach unseren Vorstellungen (nicht denen der Polizei) durchführen können, wenn schon im Vorfeld kritische BeobachterInnen der Genehmigungsbehörden vorhanden sind.
— z.Z. prüfen wir noch die Möglichkeiten zur Durchführung eines Konzerts in Büren, vielleicht am Knast?
Soweit unsere Vorstellungen bislang.
Vorschläge, Anregungen etc. z.B. bezüglich der Veranstaltung, in Frage kommende Vortragende, usw. sind heiß erwünscht und werden dankbar entgegengenommen.

Wir wünschen uns eine große Demo, eine wirklich bundesweite Demo in Büren, an der noch mehr Menschen teilnehmen als letztes Jahr. Allen derzeitigen Tendenzen und Resignationen zum Trotz.
Schwankend zwischen Größenwahn und pessimistischsten Bedenken haben wir uns selbstverständlich auch gefragt, ob das alles realistisch ist. Wir haben auch die Möglichkeit ins Auge gefaßt, 'nur' eine erweiterte regionale Demo in Büren durchzuführen, falls weiter entfernte Städte und Regionen bei sich Demos gegen Abschiebeknäste planen. Auch dazu würden uns eure Stellungnahmen in nächster Zeit interessieren, zumal das nächste bundesweite Treffen in weiter zeitlicher Ferne liegt und entscheidende Vorbereitungen danach kaum noch möglich sind.
Wie gesagt, wünschen wir uns eine große bundesweite Demo in Büren, die dritte!

Euer Anregungen erreichen uns unter:
A.U.S.S.C.H.U.S.S. Büren III
c/o Bahnhof Langendreer
Wallbaumweg 108, 44894 Bochum

Interview mit "Wahrschauer" 1/96

Wie ist die Verhaftung am 13.6.95 abgelaufen?

Um sechs Uhr morgens knallt die Tür und vermummte SEKler halten mir ihre Knarren an den Schädel. Halt wie im Film. Ich hatte grad Hepatitis, war also eh ein bißchen abgetreten und von daher gabs den zweiten Film-Effekt. Die haben mich ziemlich schnell zum Statsschutz gekarrt, wo ich ED-behandelt wurde und ein erfolgloser Verhörversuch stattfand. Zwischenzeitlich durchsuchten sie bereits über 50 Wohnungen, Häuser und Läden in mehreren Bundesländern, aber das wußte ich da noch nicht.

Eine Stunde später saß ich schon im Hubschrauber nach Karlsruhe. Dort wurde mir der 15-seitige Haftbefehl vorgehalten: Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung deren Zweck in der Unterstützung terroristischer Vereinigungen liegen soll, tralala, und das ganze wegen einer Zeitung. Dann durfte ich mit meinem Anwalt telefonieren, anschließend ein weiterer Verhör-Versuch, und nachmitags saß ich schon in Heimsheim im Knast.

Kannst Du uns etwas über die Haftbedingungen sagen?

In Moabit hatte ich eine Sicherungsverfügung mit dreißig Punkten. Die wesentlichen Sachen waren Einzelzelle, allein zur Dusche, allein Hofgang, also alles alleine. Ich durfte mit keinem reden und hatte immer mindestens zwei Schließer oder Wachteln auf den Hacken, wenn ich mal aus der Zelle raus bin. Die Besuche liefen hinter einer Tennscheibe ab - also nichts mit anfassen oder abknutschen - und wurden von zwei Staatsschützern und einem Justizbüttel überwacht. Die saßen immer mit bei, haben zugehört und mitgeschrieben. Zum Schluß waren's sogar fünf Büttel. Außerdem gab's Körperfilze, Zellenfilze, natürlich kein Umschluß, kein Sport, also 23 Stunden auf Zelle.

Wo waren für Dich die größten Probleme mit der Isohaft?

Daß man sich mit keinem unterhalten konnte, das war unangenehm. Und daß ich mich kaum bewegen konnte. Die eine Stunde Hofgang am Tag war ein bißchen wenig und die Zelle zu klein um groß Sport zu treiben. Aber das blödeste war, daß ich mit keinem reden konnte, allein im Kopp mit mir, und daß jede Kommunikation über Briefe und beim Besuch überwacht und zensiert wurde.

Was hast Du gemacht um das auszuhalten?

Einen Tagesplan. Denn mit der Zeit kommen Konzentrationsstörungen, man stiert so vor sich hin, kann nicht mehr richtig nachdenken und so Sachen. Die Realität draußen verschwindet und an ihre Stelle tritt der Knastalltag. Aber du darfst dich nicht hängenlassen, sonst greifen die ganzen Mechanismen und du kriegst Angst, wirst verzeifelt, denkst nur noch an deine Freilassung statt mit dem momentanen Leben klarzukommen.

Ich hab täglich Gymnastik gemacht und geboxt, Briefe geschrieben, gelesen, und ich hab versucht mich auseinanderzusetzen und nachzudenken. Ich hab mich viel von Obst und Gemüse über den Einkauf ernährt, denn der Knastfraß macht nicht gerade glücklich. Echt viel Zeit hab ich mit Briefen verbracht.

Nach einer Weile lernst du dich auch selbst auf eine neue Art kennen. Im Alltag draußen bist du nie so allein auf dich gestellt, und da kam es ganz gut zu merken, daß sie dich trotz verordneter Einsamkeit und dem ganzen Brimborium nicht alle machen können, daß ich also auch ohne meine Leute Power hatte. Es gibt auch im Knast und alleine Möglichkeiten sich zu wehren, und als ich das gecheckt hatte, fühlte ich mich schon viel besser. Da ging es dann weniger um "Aushalten" sondern sich in dem Knastleben einrichten, um zecken, selbst bestimmen und halt soviel wie möglich von deinen Sachen durchziehen gegen die Maschine.

Hast Du auch viel Post bekommen von außerhalb?

Ja, das war ganz gut. Der Beyer hat zwar ständig Post angehalten, mit Begründungen zum totlachen oder ausflippen, aber es hörte nicht auf. Der hat ja keinen Bock täglich zig Briefe zu lesen, und jede Anhalte ist ein juristischer Aufwand, da muß er Einlassungen abwarten, begründen usw.. Als er merkte daß seine Abschreckungsteile nichts bringen, hat er mehr durchgelassen. Insgesamt hab ich um die 200 Briefe bekommen und 100 Ansichtskarten. Mit denen wurden dann die pissgelben Wände auf bunt tapeziert.

Also kann man sagen, daß es von außen das wichtigste ist viel zu schreiben?

Es ist auf jeden Fall eine gute Sache um den Kontakt zu halten. Die Post ist ja die letzte Brücke nach draußen, wenn man den Besuch mal wegläßt, der durch die Umstände sowieso pervers ist. Bei den Briefen passiert was im Kopp, du tauchst in eine andere Welt ein und kommst gedanklich raus aus der Zelle.

Auch Zeitungen sind wichtig, damit du mitbekommst was draußen abgeht und dich nicht noch mehr einigelst als es die Zustände schon erzwingen. Das wissen die natürlich auch, und deshalb blockieren sie gerade am Anfang sogut sie können. Bei mir hat es drei Monate gedauert bis ich Zeitungen bekam und die diversen Gründe kannst du niemand ernsthaft erzählen. Das war nur Schikane um die Isolation zu verstärken solange du noch weich bist, denn grad am Anfang sind die Chancen am größten, daß du dich unter Druck setzen läßt und vielleicht sogar umkippst.

Solange du labil bist fahren sie alles auf um etwas aus dir rauszuholen. Jeder Kontakt nach draußen - ob Brief oder Zeitung oder eine Knastkundgebung - widerspricht diesem Ziel, also versuchen sie da soviel wie möglich

zu unterbinden. Oder sie reagieren nicht auf deine Eingaben, händigen dir genehmigte Sachen nicht aus, du kommst nicht zum Arzt, usw. Spätestens wenn du dir ihre bürokratischen Begründungen reintust, kannst du dir diverse Grundrechte gerne an die Wand hängen, aber wenn du daran glaubst, holst du dir nur den Frust ab.

Wieviel Besuch durftest Du eigentlich kriegen?

Alle zwei Wochen eine Stunde.

Es gab Knastkundgebungen. Hast Du davon etwas mitgekriegt?

Ja, hab ich. Ich habe auch das meiste verstanden. Meine Leute haben eine Riesenanlage aufgebaut und zwei Konzerte mit Livecombos veranstaltet. Die hatten mich zwar so gelegt, daß ich mitten drin war im Knast, aber die Mucke und die Beiträge gingen über zwei Flügel rüber und das haben viele Knackis mitbekommen.

War das in Heimsheim oder Moabit?

In Moabit. In Heimsheim hab ich weniger verstanden aber noch genug. Es ist ja schon ein Hit, daß sich überhaupt Leute draußen hinstellen und den Arsch abfrieren, selbst wenn du nicht alles verstehst.
Bei den anderen *radikal*-Gefangenen in Lübeck und Neumünster gabs fast wöchentlich Kundgebungen. Irgendwann waren die Büttel so genervt, daß sie die Benutzung von Megas verboten haben, aber stell dir mal eine Kundgebung vor ohne Megas oder Lautsprecher. Sollst du dir gegenseitig die Transparente unter die Nase halten?
Jedenfalls hat auch das Verbot nichts genutzt, die Kundgebungen gingen weiter und wurden zunehmend zu Polizeieinsätzen, was dann wieder auf einer anderen Ebene für Aufsehen sorgte. Cracker aus Neumünster wurde sogar nach Stralsund an die Ostsee und dann nach Neu-Brandenburg verlegt, weil ihnen das ganze zu viel wurde.

Hattest du trotz der Haftbedingungen Kontakt zu Mitgefangenen?

Ja. Beispielsweise zu Benjamin Ramos Vega, ein Katalane aus Barcelona. Er saß unter ähnlichen Haftbedingungen wie ich und lief die Stunde auf demselben Einzelhof. Der ist für besonders schwere Jungs und sogenannte Terroristen gebaut, mit fünf Meter hohen Mauern und extra Wachturm.
Der spanische Staat wirft Benjamin vor, er hätte eine Wohnung für ein ETA-Kommando angemietet. Diese Anklage stützt sich allein auf eine unter Folter erpresste Aussage in Spanien, und in der BRD wird ihm nichts vorgeworfen. Also sitzt er seit einem Jahr in Auslieferungshaft in Moabit. Er hat Aids und ist seit Ende Dezember im Hungerstreik, weil die Abschiebung trotz Antifolter-Konventionen und sonstigem Papierwerk bevor steht.

Wie kam der erste Kontakt zustande?

Von meinem Fenster konnte ich einen Teil des Einzelhofs sehen, und da hab ich mir die Leute angeschaut die da sonst noch liefen. Ich wußte aus der *Interim*, daß er auch in Moabit sitzt. Ich war mir am anfang nicht sicher, aber dann hab ich die Faust aus dem Fenster gestreckt und "venceremos" (wir werden siegen) gerufen, und er hat sofort reagiert. Ab da ging es los.
Über seine Leute draußen konnte er mich bald zuordnen. Er kann etwas deutsch und ich hab mir ein Spanisch-Wörterbuch besorgt, und dann haben wir gerufen. Später haben wir mit Zetteln angefangen und die an bestimmten Stellen im Hof abgebunkert, in einer Ecke, in einem toten Winkel oder einfach an die Wand geklebt.
Den meisten Kontakt hatte ich zu einem anderen Gefangenen auf meiner Station. Gut zwei Monate hat er mich mit Zeitungsausschnitten versorgt und ich ihn mit Kopien der letzten 5 *radikal*-Ausgaben. Ich hatte die über Akteneinsicht auf Zelle, weil ich deswegen angeklagt werden soll.
Jedenfalls kam er hin und wieder vorbei wenn die Luft rein war, und wir haben uns den Kram über einen Spalt über der Zellentür durchgeschoben. Das klappte ganz gut, weil Moabit ist ein alter Knast und bei weitem nicht so passgenau gebaut wie die neuen Knäste.
Wir haben uns schnell angefreundet und sogar angefangen über Briefe zu diskutieren. Das war geil, weil es funktionierte trotz aller Sicherungsverfügungen und Kontrollen. Nur einmal wurde es brenzlig, weil er was durchsteckte ohne vorher zu klopfen. Ich war grad nicht auf Zelle und als ich mit meiner ständigen Begleitung wieder kam, lagen diverse *radikal*-Kopien und ein Brief hinter der Tür. Den einen Schließer hats nicht interessiert, aber die Wachtel wurde aufmerksam. Zum Glück war das Fenster offen und Papier lag auf dem Schrank, so daß es von dort runtergeweht sein konnte. Ich hab nach einer Sekunde Überraschung den Kram wie selbstverständlich aufgehoben und auf den Schrank gelegt, aber sie zögerte und war kurz davor sich die Seiten zu greifen. Dann war gut.
Der Kollege verbrachte eine schlaflose Nacht, denn er hatte nachher gecheckt, daß ich nicht auf Zelle war, und sich die wüstesten Sachen ausgemalt. Eine obergenaue Zellenrazzia und Verlegung wäre schon drin gewesen, und mit einer Sonder-Razzia rechnete ich auch noch die nächsten Tage. Aber es blieb nur bei den regulären Zellenfilzen, die mal genauer und mal larifari waren.

Das war also erstmal zu den Haftbedingungen...

Dazu würde ich gerne noch was sagen. Es kommt oft so rüber, als wenn Isolation etwas besonderes wäre für politische Gefangene, und daß es besonders politischen Gefangenen im Knast so schlecht ergeht. Dem möchte ich was entgegensetzen.

Erstmal war ich nicht der einzige isolierte Gefangene. Daß man allein auf der Zelle ist, keinen Kontakt aufnehmen kann, usw. - das haben auch andere Gefangene gehabt. Gut, die Besuchsüberwachung, der Einzelhof, die Filzen in dem Ausmaß, das sind schon besondere Sachen gewesen, aber dafür hab ich Leute draußen, einen Anwalt und kann mich verständigen.

Ich bin auf eine Art ein privilegierter Gefangener gewesen. Die Schlüssel haben mitbekommen, daß die Kundgebungen wegen mir laufen, daß ein Bundesrichter vom BGH drüber sitzt, und so waren sie vorsichtig. Auch die größten Arschlöcher. Aber nebenan saß ein Vietnamese und da wurde mal die Tür zugemacht und er "zur Brust genommen" wie sie das nannten. Das heißt mit anderen Gefangenen können die Schlüssel und der ganze Apparat machen was sie wollen, weil diese Gefangenen einfach keine Lobby haben oder auch nur Leute, die ihren Fall beobachten. Wenn einer kein Deutsch kann und keinen Besuch bekommt, dann würde der sich soagr über einen Besuch mit Trennscheibe und Kripo freuen, z.B. ein Russe, der in fünf Jahren nur dreimal Besuch von Frau und Kind aus Moskau hatte. Trotz Isohaft - also meiner Form von Isohaft - kannst du immer was drehen. Aber wenn du kein Deutsch kannst, dann hast du noch weniger Möglichkeiten als ich sie hatte.

Das wollte ich noch sagen. Diese ganzen Isolationstechniken wurden zwar an politischen Gefangenen erprobt, sind inzwischen aber in vielen Teilen in den "Normalvollzug" integriert worden. Für viele Gefangene gehören sie zum Alltag.

Es gab oft die Forderung nach Freilassung der *radikal*-Gefangenen, und ich hab mir gedacht, das ist weniger eine Parole als eine Frage des Kräfteverhältnisses. Ich fand auch, daß andere die Freiheit mindestens so nötig haben wie wir, und daß sie vergessen werden. Es gibt ja nicht nur Arschlöcher sondern auch korrekte Knackis, die sich sozial und solidarisch verhalten und wissen auf welcher Seite sie stehen.

Also weg mit den Knästen?

Ich habe auch keine richtige Alternative. Die Forderung finde ich etwas utopisch. In den Knästen sitzen auch Vergewaltiger, Mißbraucher, Faschisten, Bonzen... Vielleicht gehören die nicht in den Knast, aber doch irgendwie weggeschlossen. Solange sich die Gesellschaft insgesamt nicht geändert hat, wird es auch diese Knäste geben.

Wie ist die Entlassung abgelaufen?

Ich hab nicht damit gerechnet daß wir rauskommen. Entsprechend unvorbereitet war ich. Es ging zack, zack. Eine Stunde vor der Entlassung kam eine von der Sicherheit: Konnerth raus hier! Ich dachte die will mich verarschen, aber dann hielt sie mir das Fax vom BGH unter die Nase, und ich fing an mit Packen. Eine Stunde später stand ich draußen vor dem Knast, bin mit einem Taxi nach Hause und hab mir in der Wrangel bei Ismail erstmal ein Bier geholt. Nach und nach trafen meine Leute ein. Die wollten mich vom Knast abholen, waren aber zu spät dort. Das war auch ganz gut so, denn ich hätte ohne die Verschnaufpause den Koller gekriegt. Allein schon wegen der Extreme, erst Reizentzug, dann Reizüberflutung.

Aber es wurde eine Kaution festgesetzt?

Ja, 20.000,- DM. Außerdem müssen wir uns dreimal wöchentlich melden, dürfen das Land nicht verlassen und keinen Kontakt untereinander aufnehmen, auch nicht über Dritte. Besonders die letzte Sache ist eine Sauerei, denn natürlich müssen wir uns zumindest gemeinsam auf den Prozeß vorbereiten. Außerdem lassen sie durch die Formulierung offen, uns jederzeit wieder einzulochen, weil sie je nach Laune z.B. die bundesweiten Solitreffen von Genossinnen und Freunden als verbotene Kontaktaufnahme über Dritte auslegen können.

Wenn ich vor der Entlassung Zeit zum Überlegen gehabt hätte, ich hätte mich zumindest schwer getan mit einer Entlassung auf Kaution. Das ist schon wieder so ein Privileg, denn wer von den anderen Knackis kriegt mal locker 20 Mille hingeblättert. Außerdem paßt mir das Prinzip nicht, für deine Freiheit denen was zu zahlen, die dich nach ihren verschissenen Rechtsnormen eingeknastet haben. Nochmal würde ich das nicht so machen.

Was bedeutet der Knastaufenthalt für dich im nachhinein?

Du weißt was Knast ist. Vorher stellst du dir alles mögliche vor, aber es bleibt die Vorstellung. Außerdem ist es meiner Meinung nach in der Linken üblich, beim Thema Knast auf die Tränendrüsen zu drücken und sich über die Schlechtigkeit der Gegenseite zu beschweren, gegen die man und frau ja gerade kämpft. Aber das trägt nicht zu einem rationalen Umgang mit Knast bei, bzw. den Ängsten die um dies Thema schwirren. Wenn du den Knast erlebst und weißt, daß er nicht das Ende ist, sondern daß es unter anderen Bedingungen weiter geht, dann verliert er einen großen Teil des Schreckens und du bist stark. Das möchte ich gerne rüberbringen, denn ich hab weniger Angst vor dem Knast als vorher.

Wie ist Deine Einschätzung zu den Durchsuchungen und dem Verfahren?

Offensichtlich wollten sie mit den 50 Durchsuchungen mehr als sie im Endeffekt erreicht haben. Sie wollten eine riesige terroristische Vereinigung mit lauter Querverbindungen aufbauen. Haftbefehle gab es aber nur im Zusammenhang mit der *radikal*. Außer uns Ex-Gefangenen wurde noch nach weiteren vier gefahndet, von denen

einer auch der Mitgliedschaft in der *AIZ* beschuldigt wird. Die sind abgetaucht. Gegen ca. 20 weitere Leute aus mehreren Städten wird wegen Unterstützung und Beteiligung an der *radikal* ermittelt und gegen ca. 15 wegen *AIZ*, ohne daß Haftbefehle ausgeschrieben wurden.
Bei der *radikal* geht es ihnen wohl weniger um den Inhalt als um die Struktur der Zeitung, die sie als bundesweit und hochkonspirativ bezeichnen. Ähnlich wie bei der *Anfifa M* aus Göttingen, wo ab Mai ebenfalls ein Mammutprozeß gegen 17 Beschuldigte über mindestens ein Jahr in Lüneburg terminiert ist. In diesen Strukturen hat sich im Laufe der Jahre etwas ergeben, das für mehr als Zeitungmachen oder regionale Antifapolitik genutzt werden kann, und das beunruhigt sie, insbesondere wenn sie keine Spitzel da drin haben und auf "Zufallsfunde" wie die Abhörung dieser Eifel-Hütte angewiesen sind. Alles was sie nicht kontrollieren ist ihnen ein Dorn im Auge, und das juristische Klimbim oder die Paragraphen mit denen sie zuschlagen nur das Mittel zum Zweck der Show.

Euch wird die Herstellung und nicht wie bei anderen die Verbreitung vorgeworfen.
Herstellung, Verbreitung, Vereinigung, alles mögliche. Ich warte erstmal auf die Anklage, denn 129a-Verfahren werden oft nur dazu genutzt, überall einreiten und spitzeln zu können, die Leute mit der Repression zu beschäftigen und einzuschüchtern. Was am Ende im Urteil steht, ist oft eine andere Sache, denn darum gehts nur zweitrangig.
Hier streben sie allerdings ein Präzedenzurteil an. Denn erstmalig soll eine als Redaktion angeklagte Gruppe als kriminelle Vereinigung abgeschossen werden, und damit könnten sie dann alle anderen linken Stadtzeitungen und Medien im allgemeinen angreifen.

Die Reaktion der Öffentlichkeit gegenüber dem Radikal-Prozeß 1984 und heute hat sich verändert.
Früher hat das einfach mehr Leute interessiert. Damals war die Linke allgemein noch nicht so schwach, und es gab einen fließenden Übergang zu Teilen des liberalen und bürgerlichen Lagers, die sich für Meinungsfreiheit, Bürger- und Menschenrechte eingesetzt haben.

Was denkst du zu den anstehenden Prozessen?
Einen Tag vor Weihnachten haben die Bundesbüttel von BAW und BGH den Fall nach Koblenz abgegeben. Nach Rheinland-Pfalz also, wo die Abhöraktion stattgefunden hat. Der arme Oberstaatsanwalt dort ist vollkommen überfordert, denn er hat 110 Ordner auf den Tisch geknallt bekommen und die Ermittlungen sind noch nichtmal abgeschlossen. Ein sehr unkollegialer Akt. Also muß er sich erstmal in den Fall einarbeiten, die Ermittlungen beenden, die 110 Ordner allen unseren Anwälten und Anwältinnen einzeln kopieren, die Anklage schreiben, einen Prozeßtermin kriegen, und dann kommt die Sommerpause in der die Herrschaften in Urlaub fahren.
Vor September wird es also wahrscheinlich nichts mit dem Prozeß, vielleicht sogar erst nächstes Jahr. Mein Anwalt schätzt, daß der Spaß mindestens ein halbes Jahr dauern und eine halbe Million kosten wird. Wir müßten also aus Münster, Schleswig Holstein und Berlin zwei, dreimal die Woche nach Koblenz fahren, können uns eine Arbeit, Ausbildung oder sonstige Verpflichtungen schenken und werden hauptberuflich Angeklagte sein. Im Prinzip müßten wir bis Prozeßende nach Koblenz oder in die Nähe ziehen.

Wichtig ist also weiterhin eine breite Öffentlichkeitsarbeit, wie z.B. die bundesweite Demo am 16.12.1995 in Hamburg. Warst Du dort?
Ja, war dufte. Es waren ungefähr 5.000 Leute. Es ist ein bißchen was abgegangen und dadurch waren wir sogar in der Tageschshow zu sehen.

Sind weitere Sachen geplant?
Es sind Aktionstage und eine Kampagne geplant, eine bundesweite Sache. Das ist aber noch in der Diskussion.

Fällt Dir noch was ein?
Ja, zunächst mal bedanke ich mich mich für die Unterstützung bei allen Leuten, das ist eine wichtige Sache gewesen. Und dann möchte ich sagen, daß wir vier *radikal*-Gefangene zwar erstmal aus dem Knast draußen sind, daß dafür aber ständig andere Frauen und Männer eingelocht werden. Fünf Leute aus Frankfurt wurden im Dezember in Beugehaft genommen, weil sie die Aussagen verweigern.
Außerdem sind etliche Leute auf der Flucht. Das kommt zwar nicht so spektakulär wie eine Einknastung, ist aber nicht minder schwer zu verarbeiten und braucht ebenfalls Solidarität und Unterstützung. Zu den drei, nach denen wegen *K.O.M.I.T.E.E.* gefahndet wird, kommen die vier wegen der *radikal* Abgetauchten und eine Frankfurterin, die die Düse gemacht hat weil sie mit der RAF-Anschlag auf den Knastneubau in Weiterstadt in Zusammenhang gebracht wird. Wenn ihr alle dieses Interview mal in die Hände bekommen solltet, seid gegrüßt und geküßt, und eines ist sicher:

No Justice no Peace!

Werner

Erklärung der InitiatorInnen des revolutionären antifaschistischen Blocks zum Polizeiüberfall auf die diesjährige Liebknecht/Luxemburg-Demonstration und Kundgebung am 14. Januar 1996

Unter dem Motto *Gegen Faschismus, Militarismus und Klassenjustiz - die Antifaschistische Aktion* haben wir uns mit einer Veranstaltung und einem Demonstrationsblock an den diesjährigen LLL-Feierlichkeiten beteiligt. Das traditionelle Gedenken an Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und auch Lenin ist für uns keine nostalgische Reminiszens an hervorragende RevolutionärInnen bewegter Vergangenheit, sondern lebendiger Bestandteil traditionsbewußter, revolutionärer Politik gegen den deutschen Imperialismus. Die Aufführung eines Agitprop-Theaterstückes der Göttinger Antifa(M), das sich unter anderem gegen die großangelegte Kriminalisierung ihrer Politik durch den Staatsapparat richtet, auf der mit rund 80 TeilnehmerInnen besuchten Veranstaltung am 13.Januar, zeigte auch die Aktualität der staatlichen Repression gegen antifaschistische, antimilitaristische und revolutionäre Kräfte in der BRD. Eine Repression, der historisch auch die, auf SPD-Befehl durch Freikorps ermordeten KPD-Mitbegründer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Opfer fielen. Die Aufführung dieses Agitprop-Theaterstückes auf der Kundgebung am 14.Januar wurde durch den Polizeiüberfall verhindert.

Die von Jahr zu Jahr steigende Beteiligung an der Lenin/Liebknecht/Luxemburg-Gedenkfeier am Friedhof in Friedrichsfelde, die mit 100.000 Menschen dieses Jahr einen neuen Höhepunkt erreichte, ist für die Herrschenden ein Dorn im Auge. Auch mit der Hauptstadt- und Regierungssitz-Perspektive im Blick versuchte der Staatsapparat dieses Jahr durch einen generalstabsmäßig vorbereiteten und durchgeführten Polizeiüberfall auf die friedliche Kundgebung von fortschrittlichen Menschen allen Alters und verschiedenster Nationalität, diese lebendige sozialistische Manifestation zu spalten und zu zerschlagen.

Der unerwartete massive Polizeiaufmarsch, die ständigen Polizeiübergriffe auf die 8.000 Menschen große Demonstration vom Leninplatz / Platz der Vereinten Nationen und der abschließende frontale Angriff auf die gesamte Kundgebung, gingen einher mit einer Totschweige- und Diffamierungspolitik der Medien. Während im Fernsehen fast ausschließlich Bilder von der morgentlichen Kranzniederlegung der PDS-Führung zu sehen waren, und die 100.000 TeilnehmerInnen der Manifestation ganz einfach zum Fußvolk der Gysi, Bisky und Marquardt erklärt wurden, waren sich Zeitungen wie Welt und BZ nicht zu blöd, die Zahl der TeilnehmerInnen auf fünf- bis zehntausend herunterzulügen. Der Polizeiüberfall wurde zu einer Auseinandersetzung zwischen "steinewerfenden Chaoten" und angegriffenen Polizisten verdreht. Das Neue Deutschland schrieb von "Schlägereien mit der Polizei" und die taz titelte ihren Bericht in bekannt flapsig-hetzerischer Art mit: "Nelken, Bratwurst und zum ersten Mal Randale".

Da der mediale Versuch die alljährliche Demonstration und Kundgebung vor den Gräbern von Karl und Rosa als Veranstaltung überalterter DDR-Nostalgiker im Schlepptau der PDS zu präsentieren und abzuhaken, durch die Realität der ständig steigenden Beteiligung vor allem junger Menschen scheiterte, ließen die Herrschenden die geballte Macht des Staatsapparates auftreten. Mit dem brutalen Polizeiüberfall, bei dem wahllos auch ältere Menschen überrannt, RollstuhlfahrerInnen zusammengeschlagen und Informationsstände zerstört wurden, lieferte der BRD-Staatsapparat ein Musterbeispiel dafür, wie es mit der "Meinungs- und Demonstrationsfreiheit" bestellt ist, über die er sich nach den Festnahmen am 17. Januar 1988 in Ostberlin so lautstark wie heuchlerisch beklagte. Die Brutalität des diesjährigen Polizeieinsatzes für BRD-Ruhe und (Friedhofs-)Ordnung stellt den Stasi-Einsatz der um ihre Allmacht bangenden DDR-Herrscher vor acht Jahren jedoch weit in den Schatten. Das eindrucksvolle (Ge)denken für eine sozialistische Alternative zur krisenhaften und für immer mehr Menschen perspektivlosen BRD-Realität soll damit zerstört werden. Daß der Staatsapparat den erstmaligen Versuch eines organisierten Auftretens revolutionärer AntifaschistInnen zum Anlaß und das Zeigen einer ERNK-Fahne zum Vorwand nahm, zeigt beispielhaft ihre Angst vor einer linken Politik, die praktisches Handeln gegen die faschistische Gefahr, die neue Qualität der Kriegseinsätze des BRD-Imperialismus und die staatliche Repression mit dem Gedenken an den Kampf kommunistischer RevolutionärInnen verbindet. Die bemerkenswerte Solidarität, mit der die TeilnehmerInnen diesem Polizeiüberfall entgegentraten und schlimmeres verhindern, gibt demgegenüber eine Vorahnung, welche Stärke durch einheitliches und konsequentes Handeln erreicht werden kann.

In diesem Zusammenhang muß der konkrete Versuch des PDS-Parteivorstandes, sich in vorauseilendem Gehorsam als staatstreuer Ruhe- und Ordnungsfaktor darzustellen und für ein inhaltsleeres und für die Herrschenden akzeptables "stilles Gedenken" an Liebknecht und Luxemburg zu sorgen, auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Die verlogene Presseerklärung des PDS-Parteivorstandes vom 14. Januar, die den Polizeiüberfall in eine "Auseinandersetzung zwischen der Polizei und verschiedenen Gruppen" umdichtet und sich gleichermaßen gegen die staatliche Kriminalisierung der traditionellen Veranstaltung, wie auch ihren angeblichen "Mißbrauch" durch revolutionäre TeilnehmerInnen richtet, dient nur der staatlichen Spaltungspolitik, die zukünftig jegliches angemessene Gedenken an Rosa und Karl zerschlagen will. Die Erklärung der PDS-Landesvorsitzenden Petra Pau in einem Junge Welt-Interview am 18. Januar, die alljährliche Demonstration für Karl und Rosa sei eine "Demonstration gegen Gewalt", stellt eine Verhöhnung des Gedenkens nicht nur an die Revolutionärin Rosa Luxemburg dar, die kurz vor ihrer Ermordung und anläßlich der Niederwerfung der bewaffneten ArbeiterInnen durch den weißen Terror im Januar 1919 schrieb: *"Ordnung herrscht in Berlin!" Ihr stumpfen Schergen! Eure "Ordnung" ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon "rasselnd wieder in die Höh' richten" und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden: Ich war, ich bin, ich werde sein!*

Genauso, wie wir uns noch besser und umfangreicher an den hoffentlich immer größer werdenden Feierlichkeiten für Lenin/Liebknecht/Luxemburg in den nächsten Jahren beteiligen werden, fordern wir eine umfassende Aufklärung des diesjährigen Polizeiüberfalls. Dazu rufen wir alle auf, die am 14. Januar Fotos oder Videoaufnahmen gemacht haben und mit Gedächtnisprotokollen zur Aufklärung der Ereignisse beitragen können, diese dem Nachbereitungskreis c/o Nachladen, Waldemarstraße 36, 10999 Berlin (Öffnungszeiten: Mittwoch und Freitag 16 bis 20 Uhr, Tel/Fax: 6157329) zur Verfügung zu stellen. Neben einer umfangreichen Dokumentation der Ereignisse wollen wir damit auch eine Solidaritätsarbeit mit den am 14. Januar von der Polizei festgenommenen und u.a. wegen Landfriedensbruch, Widerstand und versuchter Gefangenenbefreiung angeschuldigten AntifaschistInnen durchführen.

Nichts ist vergessen, nichts wird vergeben! Für eine einheitliche und kraftvolle revolutionäre Ehrung von Lenin, Liebknecht und Luxemburg! Rotfront!

Berlin, d. 21.Januar 1996

KURZE INFO VOM ERMITTLUNGSAUSSCHUSS

Wir haben uns viel vorgenommen. Unter anderem wollen wir Euch nach Demos und Aktionen über Festnahmen, Vorwürfe, Bullenaktionen berichten. Wir verfolgen damit im Übrigen unter anderem das Ziel, daß Ihr Euch wieder mehr an uns erinnert, soll heißen, daß Ihr uns nach Demos ect. Gedächtnisprotokolle vorbeibringt, bzw Euch als ZeugInnen anbietet, daß Ihr gesehene Festnahmen meldet, bzw. Euch zurückmeldet, wenn die Bullen Euch wieder rauslassen. Und DemoveranstalterInnen können uns ruhig frühzeitig vorher den Demotermin mitteilen und vor allem anrufen, wenn die Demo zuende ist.
Jetzt aber:

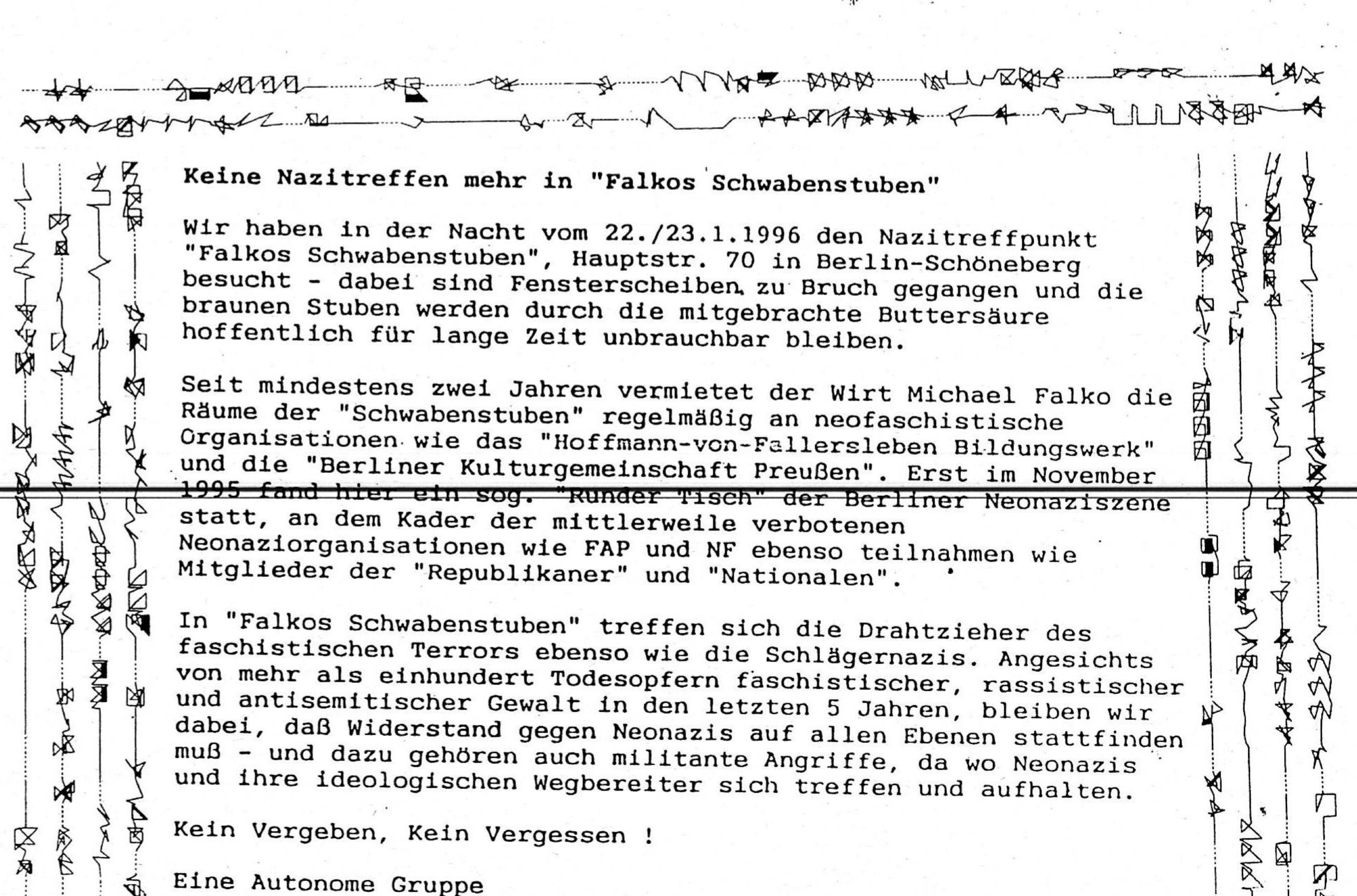
Zur Rosa und Karl-Gedenkveranstaltung am 14.1.:



Wir teilen die Einschätzung der Interim, daß die Bullen so massiv in die Demo gegangen sind, weil ihnen die Größe und das breite Spektrum der Demo ein Dorn im Auge sind. Das erklärt auch, warum sie ohne formalen Grund nicht "nur" gegen den Antifablock geprügelt haben.
Laut Bulleninfo gab es insgesamt 21 Festnahmen. Bei uns sind allerdings nur zehn gemeldet worden. Einer davon wurde dem Haftrichter vorgeführt und hat glücklicherweise Haftverschonung gekriegt.
Wir wissen von sechs Leuten die Vorwürfe, allen wird Landfriedensbruch, zum Teil schweren und z.T. noch Körperverletzung und Widerstand und Gefangenenbefreiung vorgeworfen.
Falls Ihr Festnahmen oder Bullenprügeleien beobachtet habt, schreibt Gedächtnisprotokolle und meldet Euch bei uns.
Leute, die ihrerseits überlegen, die Bullen wg Körperverletzung oä. anzuzeigen, sollten sich in jedem Fall vorher bei uns melden.

So weit erstmal, bis denne ea

Am nächsten Dienstag, 30. Januar 1996 um 19.30 Uhr findet ein Betroffenentreffen zur Rosa und Karl-Demo (Beschuldigte, Verletzte, ZeugInnen) mit eineM AnwältIn und dem EA statt.
Der Treffpunkt ist der Ermittlungsausschußraum im Mehringhof, 3.Aufgang, 1.St. rechts.
Es kann ein gemeinsames Vorgehen besprochen werden, u.a. ob es Sinn macht, Anzeigen gegen die Bullen zu stellen. Außerdem können wir allgemeine rechtliche Fragen besprechen und hoffentlich ZeugInnen vermittelt werden.



Keine Nazitreffen mehr in "Falkos Schwabenstuben"

Wir haben in der Nacht vom 22./23.1.1996 den Nazitreffpunkt "Falkos Schwabenstuben", Hauptstr. 70 in Berlin-Schöneberg besucht - dabei sind Fensterscheiben zu Bruch gegangen und die braunen Stuben werden durch die mitgebrachte Buttersäure hoffentlich für lange Zeit unbrauchbar bleiben.

Seit mindestens zwei Jahren vermietet der Wirt Michael Falko die Räume der "Schwabenstuben" regelmäßig an neofaschistische Organisationen wie das "Hoffmann-von-Fallersleben Bildungswerk" und die "Berliner Kulturgemeinschaft Preußen". Erst im November 1995 fand hier ein sog. "Runder Tisch" der Berliner Neonaziszene statt, an dem Kader der mittlerweile verbotenen Neonaziorganisationen wie FAP und NF ebenso teilnahmen wie Mitglieder der "Republikaner" und "Nationalen".

In "Falkos Schwabenstuben" treffen sich die Drahtzieher des faschistischen Terrors ebenso wie die Schlägernazis. Angesichts von mehr als einhundert Todesopfern faschistischer, rassistischer und antisemitischer Gewalt in den letzten 5 Jahren, bleiben wir dabei, daß Widerstand gegen Neonazis auf allen Ebenen stattfinden muß - und dazu gehören auch militante Angriffe, da wo Neonazis und ihre ideologischen Wegbereiter sich treffen und aufhalten.

Kein Vergeben, Kein Vergessen !

Eine Autonome Gruppe

PS: Noch ein kleiner Tip zum Gebrauch von Buttersäure. Damit sie sich auch wirklich gut verteilt, haben wir sie zusammen mit 10er Schraubenmuttern (ca. 1/3 des Flascheninhalts) in eine kleine Glasflasche mit Schraubverschluß gefüllt. Durch die Schraubenmuttern zerspringt die Glasfalsche beim Aufprall auf den Boden mit hoher Wahrscheinlichkeit.

SURF CAFE IM KOB

Surfcafé: was´n das schon wieder, außerdem ist es viel zu kalt zum surfen, und wo ist das Wasser.

Wir stellen in dieser Woche einen **Internet** Anschluss inclusive Anleitung bereit.
Jeden A~~bend zwisch~~en 20.00 und 1.00 Uhr könnt ihr munter durchs Netz surfen.

Die Kasse ist geöffnet.~~0000000000000000000000000000000000~~
In der bestehenden Form lässt sich mit Internet nur für Provider (Anbieter von Netzwerkzugängen) und Telefongesellschaften Kohle machen. Für die im Netz vertretenen Firmen hat es mehr Repräsentations- und Werbeaspekte.
Bei den kommerziellen Netzen rollt der Rubel heute schon. T-Online treibt das Geld, ähnlich wie bei 0190-Nummern, über die Telefonrechnung ein. Compuserve und andere rechnen über Kreditkartennummern ab.

~~---Datenautobahn und GrÜnderzeit :// f█r wen?---~~

Alle reden davon, kaum jemand weiß etwas Genaues. Keine Zeitung oder Illustrierte in der nicht die Wunderworte "Internet", "Datenhighway" und "Informationsgesellschaft" breitgetreten werden. Wissenschaftler, Politiker und Erzkapitalisten versprechen schöne neue Welten. Es entsteht der Eindruck das es hier eine gesellschaftliche Entwicklung gibt die vollkommen an einem vorbeigeht.

~~Wer braucht das eigentlich ?~~

Die tatsächlichen Möglichkeiten hinken weit hinter dem her was der allgemeine Hype glauben läßt. Wer das erste mal im Netz surft ist eher enttäuscht über das was sich da auftut.
Hier gibt es keine Information, die nicht auch woanders zu haben wäre. Das Problem ist, wie im richtigen Leben, das Interessante zu filtern und auszuwerten. Die Suche in diesem Wust von Datenmüll ist umständlich, das Niveau bewegt sich meist zwischen ärgerlich und banal.———
Auf der anderen Seite bieten Netze die Möglichkeit, Nachrichten sehr preiswert und innerhalb kürzester Zeit zu verschicken und Diskussionen über große Entfernungen zu führen.———
Hinderlich für die kommerzielle Verwertung ist bislang das sich die sogenannten Leistungen nicht abrechnen lassen. Hier arbeiten Mastercard und Visa zusammen mit Netscape (führende Softwarefirma im Internetbereich, entwickelt grafische Surfoberflächen), IBM und Microsoft an einem gemeinsamen Standard.

Was hat es auf sich mit dem Gerede von Datenautobahn und Informationshighway?
Diese Begriffe wecken Assoziationen mit dem Aufkommen der Massenmobilität in den 60ern und 70ern und dem damit verbundenen wirtschaftlichen Aufschwung durch die Automobilindustrie. Genau das ist beabsichtigt, das ist deren Propaganda. In der bürgerlichen (sozialdemokratischen) Vorstellung von Ökonomie, die davon ausgeht das wirtschaftliches Wachstum sich zu Gunsten aller auswirkt (je größer der Kuchen desto größer die Krümmel) scheint diese Technologie der Weg aus der Krise zu sein. Die Krise als normaler Zyklus, nicht Grundsätzliches, nichts Dramatisches.
Microsoft macht mit nur 18 000 Malochers weltweit einen Umsatz von 9 Billionen DM. Bill Gates (The Bill of Bites) ist damit der reichste Mann der Welt und Herr über Betriebssysteme und Standardsoftware. Um bei dem Vergleich Automobilindustrie zu bleiben: Mercedes Benz hat zwar rund zehnmal mehr Mitarbeiter als Microsoft macht aber nichtmal ein Zehntel Umsatz.
Was in der Automobilindustrie in den letzten Jahren an Bedingungen durchgesetzt wurde: Auslagerung von Produktionsbereichen, just in time Produktion, Entgarantierung von Arbeitsverhältnissen ist immer noch paradiesisch, im Vergleich zu dem, was schon heute im Hard- und Softwarebereich normal ist.
Ungarantierte Arbeitsverhältnisse wie Selbstständigkeit oder Werksverträge; 18 Stunden-Arbeitstage bei Löhnen für die vor 20 Jahren kein Automobilarbeiter aufgestanden wäre. Dazu der ständiger Druck sich in seiner "Freizeit" dieses Programm oder jene Programmiersprachen selber beizubringen - immer am Ball bleiben.
Der Hype um Informationsgesellschaft und Gründerzeitstimmung schafft die Akzeptanz, sich mit den technischen Innovationen auseinanderzusetzen und den Umgang damit zu lernen. Diese Akzeptanz ist für Intel, Microsoft und Siemens-Nixdorf dringend notwendig. Den Anschluss an die "Informationsgesellschaft" kann nur halten wer ständig neue Programme benutzt, neue Hardware kauft und bereit ist, ständig umzulernen.
Ohne neu lernen wollen, nix neu kaufen wollen.~~000000000000~~

~~Surfkurs zum Auftakt am 4.2. 18.00 Uhr~~

~~vom 04.2.~~
~~bis 9.2.~~

Das wird keine Veranstaltung für Spezialisten - für den Fall von Fachchinesisch werden adäquate Wurfgegenstände bereitgestellt - Was ist das **Internet**, wie funktioniert es, was ist T-Online oder eine Newsgroup, was ist eine Homepage oder E-Mail, was ist ISDN; auf solche und andere technische Fragen versuchen wir Antworten zu geben.

~~Wie wird Nachfrage geschaffen~~

z.B. Computerbanking
Vor ca. einem Jahr hatte die Postbank die Gebühren für Kontoauszüge erhöht, gleichzeitig bot sie ihren Kunden einen BTX-Zugang (heute T-Online) zur Kontoführung inclusive Modem für fast umsonst an. Kontoführung per Computer gehört heute zum Standartangebot jeder Bank, dafür stehen in immer weniger Filialen immer weniger Angestellte an den Schaltern; und wer hat schon Lust, jedesmal eine halbe Stunde anzustehen, um die Miete zu überweisen. Von zu Hause aus ist es bequem, weil das andere unbequem gemacht worden ist. Früher saßen dort nette Männer und Frauen und haben Überweisungen erledigt, jetzt machen die Kunden deren Job und müssen dafür auch noch zahlen - Klasse oder?
Ähnliches tut sich in anderen Bereichen wie Bibliotheken (weniger BibliothekarInnen dafür mehr Online), Teleshopping oder *Video on demand* (Die Werbung: Ich bezahle nur das, was ich auch sehe).
Bill Clinton hat in seinem neuen Haushaltsentwurf einen Plan vorgelegt, der den Systemwechsel von analogem TV (über Antenne) zu digitalem TV (über Netze) für das Jahr 2005 festschreibt. Dannach soll es in Amiland kein analoges Fernsehen mehr geben.
Wenn gewisse Informationen nur noch Online zu beschaffen sind, kommt die Nachfrage von alleine. Die Multies sitzen schon in den Startlöchern. MICROSOFT hat mittlerweile 60% der Bildnutzungsrechte weltweit gekauft, ist bei TimeWarner, als einem der größten Filmproduzenten miteingestiegen und plant mit NBC zusammen einen neuen Nachrichtensender ~~über TV und Online (zur Kasse gehts da lang).~~

Daten unterscheiden sich von jeder anderen Ware, sie

~~ftp://Kohle Das Problem mit der Ware Daten~~

lassen sich ohne Aufwand kopieren, vermehren sich in einem Akt ungeschlechtlicher Zellteilung ohne Aufwand an Produktionsmitteln. Die Kopie ist durch nichts vom Original zu unterscheiden. Das Interesse von Microsoft und Co ist dagegen, daß Programme, Bilder oder andere Dienstleistungen sich nur gegen Dollars vermehren dürfen. Sie wollen eine Datenpolizei die ihr "Eigentum" schützt und sind auch durchaus bereit diese Rolle selber zu spielen. Das Beispiel Windows 95 zeigt in welche Richtung so etwas gehen kann: Wenn man sich mit diesem Programm in ein Netz einwählt, ist es möglich von außen den Inhalt der Festplatte einzusehen.
Das Kapital braucht Kontrolle, um sich Profite zu sichern, der Staat übernimmt den Handlangerdienst. Der Wirbel um Kinderpornografie und Rechtsradikale im Internet gibt hier eine Richtung vor, ohne dabei das Ziel zu formulieren, denn es geht darum juristisch einwandfreie Kontrollinstanzen zu installieren: Die Lizens zum Schnüffeln.

~~Freies Fluten~~ Mit simpler Technologiekritik der Art: Das ist neu, das ist schlecht, das ist Herrschaftswissen kommen wir nicht weiter. Im Gegensatz zur Gen-, Raumfahrt- oder Nukleartechnologie ist die Art und Weise der Benutzung von Microelektronik und den damit verbundenen Informationstechnologien nicht vorgegeben. Während Space Shuttles nur Freude bereiten, wenn sie in die Luft fliegen, können Computer und Datennetze auch uns von Vorteil sein. Und was ist schon eine genmanipulierte Tomate im Vergleich zu einer ordentlichen Textverarbeitung.
Die Gefahren liegen in der Monopolisierung von Technologie und Informationen.
Habe ich das Geld um mir Informationen und/oder die dafür benötigte Technologie zu kaufen?
Will oder kann ich mir die Fähigkeiten aneignen um damit umzugehen? Kann ich Nachrichten unzensiert und ohne überwachung verbreiten. Ist die Erde eine Festplatte? Gibt es diesen Sommer genug Wind zum Surfen?

~~freie Kommunikation.~~

Das heißt nicht nur sagen und schreiben dürfen was man will sondern auch den freien (auch im Sinne von Umsonst, gelle) Zugang zu allen Netzen, ohne das dabei nachzuvollziehen ist, ~~wer mit wem über was kommuniziert.~~

BENUTZT———PGP.
und was soll's

Soziale statt technische Revolution.
———Im Hier
———und Jetzt!



Redaktionsanschrift:
ANtifaschistische NAchrichten Saar
Landwehrplatz 2
66111 Saarbrücken
Tel.: 0681/3908863 (mit Anrufbea.)



15.1.96

Eine von Rainer Dittrich initiierte Unterschriftensammlung im Lübekcker Knast mit der Forderung "Freheit für Hanna Krabbe ohne Bedingungen und sofort!!" haben 41 Gefangene unterstützt. Nachfolgend der Text mit dem sich die Gefangenen an die Öffentlichkeit wenden. Wir, die Antifaschistischen Nachrichten Saar unterstützen die Forderung der Gefangenen.

Freiheit für Hanna Krabbe ohne Bedingungen und sofort !!

am donnerstag, dem 30. november 1995 fand vor den staatsschutzrichtern die anhörung zur "vorzeitigen" entlassung aus dem knast nach über 20 jahren mit hanna krabbe, gefangene aus der raf seit april 1975, statt.
wie auch alle anderen politischen gefangenen, die sich über den umweg der psychiatrischen begutachtung ihre identität nicht nehmen lassen, verweigert hanna jeden kontakt zu dem vom staat bestellten gutachter.
die bewertung politischer bewaffneter aktionen gehört nicht vor die staatsschutzrichter!
wie zu erwarten war, sieht sich dieser typ nicht in der lage, allein aus der aktenlage ein gutachten zu erstellen.
so soll die längst fällige freilassung von hanna weiter in die weite ferne geschoben werden, damit möglichst nahe an die eingeschlagene zielrichtung der abzusitzenden jahre herangekommen wird.
hier steht die zahl von 23 jahren im raum, die irmgard möller in der gefangenschaft verbringen mußte, ehe der staat sie aus seinen krallen ließ!
mit unserer unterschrift machen wir deutlich, daß wir druck machen wollen auf die zuständigen behörden und personen, hanna endlich bedingungslos aus dem kerker zu entlassen. wir machen dies deutlich, weil wir hanna in ihrer haltung gegenüber diesem system unterstützen, sich diesem angestrebten "betreuungsverfahren" zu widersetzen, das verlangt, daß sie sich von ihrer politischen identität distanziert, die gegen sie und die anderen politischen gefangenen praktizierten sonderhaftbedingungen bestreitet oder sich sonst irgendwie vor ihren richtern zu rechtfertigen habe.
hanna wurde, wie auch die anderen gefangenen aus der raf den schlimmsten und brutalsten sonderbedingungn unterworfen.
in den nun fast 21 jahren dieser isolationsfolter kämpft sie fest um den erhalt ihrer politischen identität, - und das unter dem verdikt von kontaktsperre, sensorischer deprivation, kleingruppenisolation.
in den letzten 14 jahren war sie hier im kerker lübeck in einer kleingruppe isoliert.

als christine kuby und irmgard möller letztes jahr endlich aus dem knast rauskamen war sie als gefangene aus der raf allein. in diesem jahr wurde hanna zuerst mit einigen wenigen frauen in eine abgesonderte abteilung verfrachtet, die seit oktober nun teil des allgemeinen und verkleinerten frauentrakts ist.

uns als solidarische gefangene des knastes lübeck geht es darum, hanna und damit auch alle anderen politischen gefangenen darin zu unterstützen, an ihrer identität, ihrer geschichte und an deren berechtigung festzuhalten!

hanna muß jetzt raus aus dem kerker !!

Wir bitten Euch hiermit die Forderung der Gefangenen des Lübekcker Knastes "Freiheit für Hanna Krabbe ohne Bedingungen und sofort!!" zu unterstützen, bzw. über die Initiative der Gefangenen zu berichten.

mit antifaschistischen Grüßen

Antifaschistische Nachrichten Saar

Erklärung zur Situation auf dem Sprengelgelände in der Nordstadt Hannover

Am Donnerstag, den 18. Januar, haben wir, BewohnerInnen vom Sprengelgelände, 2 Typen, die ebenfalls auf dem Sprengelgelände wohnten, rausgeschmissen. Die beiden gehören zu einer Gruppe von Leuten, von denen einige auf dem Sprengelgelände wohn(t)en, viele andere in der Nordstadt, und die sich selbst als „Punks“ bezeichnen. Sie haben sich aber seit längerem vor allem durch schwulen-, lesben- und frauenfeindliche Sprüche bemerkbar gemacht. Ihr asoziales Verhalten gipfelte des öfteren im Absingen des Horst-Wessel-Liedes, Sieg-Heil-Gegröle und Zeigen des Hitlergrusses. BewohnerInnen des Sprengelgeländes und BewohnerInnen des Stadtteils wurden immer wieder von ihnen persönlich bedroht, angepöbelt und körperlich angegriffen. Betroffen von ihren Angriffen waren auch andere kulturelle Projekte in Hannover.

Insbesondere die Schwulen- und Lesbenkneipe „Schwule Sau“ war immer wieder Ziel ihrer Übergriffe. Im Frühjahr kam es zu 2 Einbrüchen, zu denen es klare Hinweise gibt, daß sie von einzelnen dieser Gruppe verübt wurden. Nach einem Brandanschlag im Juli stand die „Sau“ kurz vor der Pleite und Leute aus dem Kneipenkollektiv überlegten, ob sie unter diesen Bedingungen, d.h. einer permanenten Bedrohung von seiten eines Teils ihrer direkten Nachbarschaft, überhaupt weiter machen können. Die 2 Brandstifter flogen damals vom Sprengelgelände, wurden aber trotzdem von einem Teil ihrer FreundInnen gedeckt. In der Folgezeit wurden 2- oder 3mal einzelne Scheiben der Schwulen Sau eingeworfen. Für uns ist klar, daß die Angriffe gegen die Sau weder Einzelfälle, noch in irgendeiner Weise entschuldbar sind, sondern Ausdruck einer schwulen- und lesbenfeindlichen Haltung. Wir sind mit der Schwulen Sau solidarisch und wissen, daß es für die BetreiberInnen der Sau seit Monaten um die schlichte Existenz des Projektes geht.

In der Nacht von Mittwoch, den 17.1. auf Donnerstag, den 18.1., tauchten die 2 schon erwähnten Typen in der Schwulen Sau auf und forderten eine Kiste Bier, erst für umsonst, dann auf Pump. Dieses wurde ihnen verweigert. Unter Drohungen und schwulenfeindlichen Sprüchen zogen die beiden ab. Kurze Zeit später tauchten sie mit 5 weiteren vor der „Sau“ auf, pöbelten, warfen einige Scheiben ein und versuchten die Tür aufzubrechen. Als dieser Angriff auf dem Sprengelgelände bekannt wurde, entschlossen wir uns, die beiden noch in der Nacht vom Gelände zu werfen. Dies gelang in der Nacht noch nicht, weil es wieder mal Rückendeckung für die am Überfall Beteiligten gab und sich 2 gleich große Gruppen gegenüberstanden. Hierbei wurden 2 Leute von uns schwer verletzt.

Am nächsten Tag gelang es dann mit vielen Leuten, beide Typen an die Luft zu setzen. Allerdings kam es hierbei zu Schlägereien mit ihren “Kameraden“ aus dem Haus. Am Freitag, den 19.1., erhielt die Gruppe Verstärkung von herbeitelefonierten Hamburgern und griff gegen 14.00 Uhr das Haus an. Da sich zu diesem Zeitpunkt zu wenig Leute von uns im Gebäude befanden, gelangten sie ins Haus, kappten die Telefonleitungen und schossen mit Gas und Leuchtspurmunition um sich. Vielen BewohnerInnen blieb nichts anderes übrig, als zu flüchten.

4 BewohnerInnen waren jedoch für einige Zeit abgetrennt in einem Gebäudeflügel. Sie waren besonders gefährdet, weil sie sich in der Vergangenheit diesen Typen im Haus immer wieder entgegengestellt hatten. Teile des Hauses wurden durch diese „marodierende“ Horde komplett zerlegt, Kunstbilder zerschnitten, Computer zerkloppt, Zimmer verwüstet, jede Mengen Türen und Fenster zerschlagen. UnterstützerInnen der BewohnerInnen, die sich vor dem Haus versammelten, versuchten daraufhin die randalierende Gruppe aus dem Haus zu vertreiben, was erfolglos blieb. Es gelang jedoch, die 4 noch im Haus eingeschlossenen aus ihrer Situation zu befreien.

Vor dem Haus versammelten sich immer mehr UnterstützerInnen und versuchten durch ihre Anwesenheit und praktischen Druck, die im Haus randalierende Gruppe zum Aufgeben zu bewegen. Gegen 19.00 Uhr stürmte diese Gruppe aus dem Haus, um mit Knüppeln, Äxten, Steinen und Gaspistolen die auf der Straße stehenden UnterstützerInnen anzugreifen. Sie mußten sich allerdings ins Haus zurückziehen und gaben kurze Zeit später auf. Sie verließen geschlossen das Gebäude und zogen unbehelligt über die Straße in Richtung einer inzwischen aufgezogenen Polizeikette. Sie wurden von der Polizei nicht festgenommen.

Die BewohnerInnen gingen ins Haus zurück und begannen mit den Aufräumarbeiten. Massive Polizeikräfte rückten kurze Zeit später auf das Haus zu und erzwangen eine Begehung durch eine kleine Delegation, angeführt durch Einsatzleiter Wiedemann. Hiernach zog die Polizei wieder ab.

Seitdem wird das Haus instandgesetzt und verbarrikadiert. Wir bereiten uns auf die Verteidigung des Geländes vor.

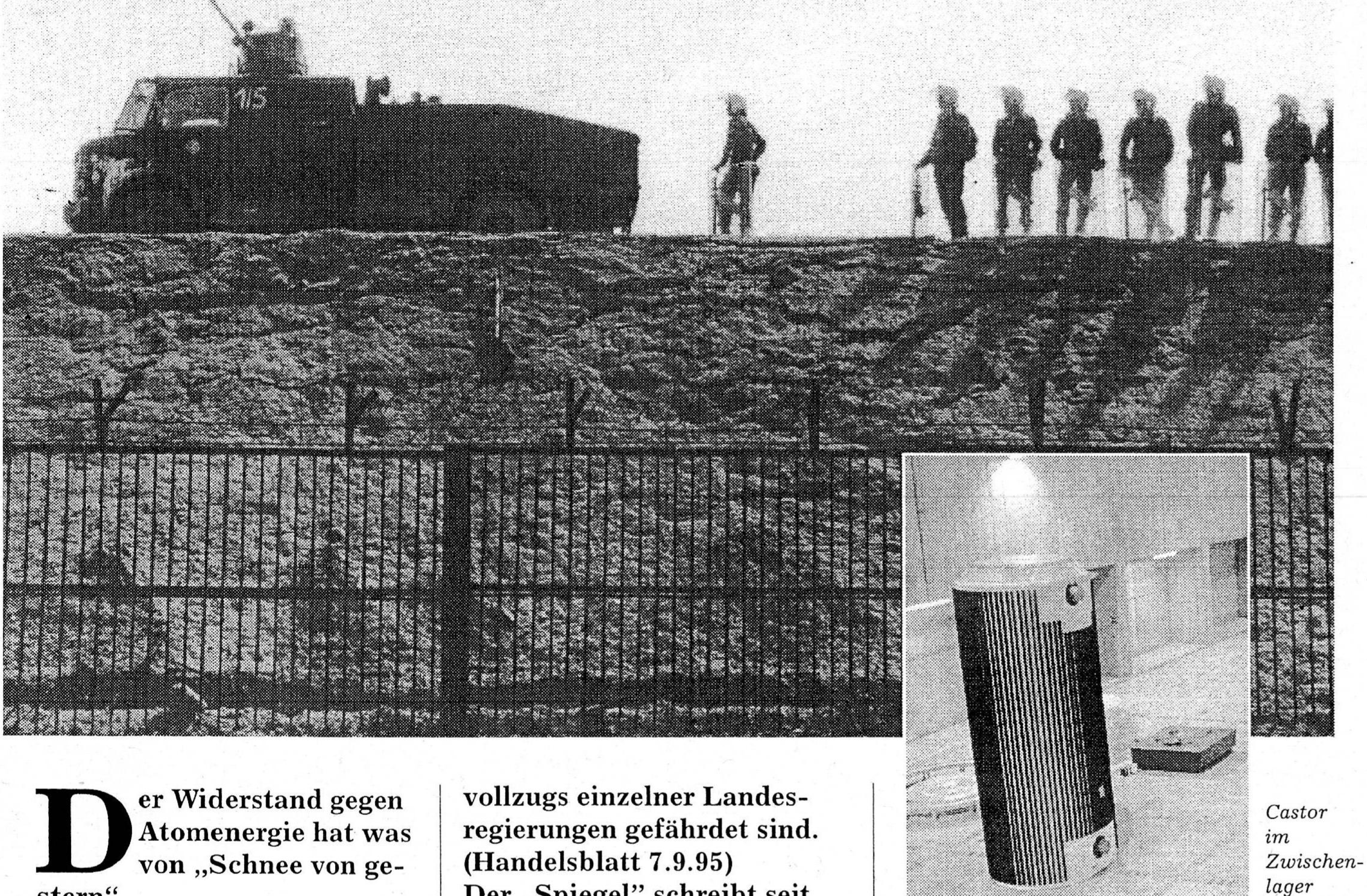
Daß sich die betreffende Gruppe jetzt nicht mehr auf dem Gelände befindet, heißt nicht, daß das „Problem“ gelöst ist. Es gibt konkrete Hinweise und Anzeichen dafür, daß sie den Rausschmiss nicht auf sich beruhen lassen und erneute Angriffe auf das Haus und auf die sich auf dem Gelände befindenden Projekte starten werden. Wir wollen und werden die weitere Anwesenheit dieser Personen auf dem Gelände nicht mehr dulden.

Um es noch einmal zu sagen: Der Begriff „interne Auseinandersetzung“ trifft nicht den Kern. Es geht um den schon seit langer Zeit währenden Zustand der Belästigung, Behinderung, Bedrohung und Zerstörung von kultureller und politischer Arbeit fortschrittlicher Gruppen und Menschen in diesem Stadtteil und in dieser Stadt. Damit haben wir zu lange gelebt. Damit wir uns gemeinsam durchsetzen können, brauchen wir Eure Solidarität und praktische Hilfe. Nur so ist eine Veränderung möglich.

Hannover, den 20.1.1996, 21.00 Uhr

BewohnerInnen des Sprengelgeländes, Projekte und Leute aus dem Stadtteil und SympathisantInnen

Das Comeback der Atomindustrie



Castor im Zwischenlager Gorleben

**Der Widerstand gegen Atomenergie hat was von „Schnee von gestern“.
Seit Harrisburg und Tschernobyl glaubt kaum jemand mehr ernsthaft, daß sich die Atommafia noch einmal breit machen könnte. In Deutschland wurde kein neues Akw mehr in Betrieb genommen. Seit 1988 wurden Investitionen von über 15 Milliarden Mark für kerntechnische Anlagen vergeigt, u. a. der Schnelle Brüter in Kalkar und die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf.
Weitere 11 Milliarden Mark sind derzeit in Kernenergieanlagen gebunden, deren Fertigstellung bzw. Nutzung wegen gerichtlicher Auseinandersetzungen oder ausstiegsorientiertem Gesetzesvollzugs einzelner Landesregierungen gefährdet sind. (Handelsblatt 7.9.95)
Der „Spiegel“ schreibt seit Jahren den Ausstiegswillen der Energieversorgungsunternehmen (EVU's) herbei und doch droht uns möglicherweise ein schlechtes Erwachen: Hardliner aus Politik und Wirtschaft bereiten ein Comeback der Atomenergie vor.
Ob damit die Erfolge aus 20 Jahren Anti-Atom-Bewegung verspielt sind, liegt mit an unserer Bereitschaft, ihre Schweinereien wieder aufmerksamer zu verfolgen.
Eine kleine Hilfe hierzu soll dieser Bericht sein, in dem wir Informationen aus den letzten 2 Jahren zusammenfassen und versuchen, Tendenzen deutlich zu machen.
Auf gehts.**

Atomkraftwerke – eine Bestandsaufnahme

Zur Zeit sind weltweit 432 Akws in Betrieb. An der Atom-Spitze findet sich weiterhin die USA mit 109 Meilern am Netz, auch wenn dort seit Harrisburg (1979) nur ein neuer Reaktor gebaut wird. Den zweiten Platz belegt Frankreich mit 49 Reaktoren, es folgen Großbritannien mit 34, Rußland mit 29, Kanada mit 22, Deutschland mit 21, die Ukraine mit 15 und Schweden mit 12 Atommeilern. (Angaben taz 9.1.95) Gegenwärtig erzeugen Atommeiler weltweit knapp 17 Prozent der gesamten Elektrizität. Die Europäische Union ist davon der größte Kernenergieproduzent. Sie deckt 34% ihres Strombedarfs durch Atomkraft.

1

Die Berichte in den Tageszeitungen beschreiben zwei Tendenzen, Flaute im Westen, Boom im Osten. Die FR z. B. titelte im letzten Jahr: *„Im Westen hat die Atomkraft ihren Zenit erreicht" – „Kaum neue Meiler, aber immer mehr Stillegungen / Ausbaupläne in Ost-Europa und Ost-Asien".* Der Artikel beschreibt die Krise der Reaktorhersteller im Westen: In den vergangenen Jahren ist der Anteil der Kernenergie zurückgegangen und der Ausbau des Atomsektors wurde in allen europäischen Ländern mit Ausnahme von Frankreich sogar ganz eingestellt. Als Hauptprobleme werden genannt: mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung, die ungelöste Atommüllentsorgung und rapide Kosten für den Abbruch alter Reaktoren. *„Weltweit werden derzeit nur rund 40 Kernkraftwerke (...) errichtet. Parallel dazu nimmt die Zahl der stillgelegten Reaktoren zu. Insgesamt wurden bislang 81 Kernreaktoren (...) stillgelegt, die durchschnittlich weniger als 17 Jahre in Betrieb waren. Der Abbruch eines alten Reaktors wie in Greifswald z. B. kostet „mindestens sechs Milliarden Mark".* Der Artikel schließt mit der Einschätzung: *„Zumindest in den Industrieländern setzt sich die Erkenntnis durch, daß die Kernenergie im Vergleich zu anderen Energieträgern nicht mehr konkurrenzfähig ist. Sowohl moderne und effiziente Kohlekraftwerke als auch Gaskraftwerke sind wesentlich kostengünstiger als Kernkraftwerke."*



Diese Einschätzung gilt vielleicht heute für die westlichen Industrieländern, allein, im östlichen oder ostasiatischen Teil der Erde sieht es anders aus (Angaben wiederum FR): *„Fast die Hälfte aller Reaktoren, die zur Zeit geplant und gebaut werden, sollen dort stehen".* Japan baut beispielsweise zur Zeit sechs Anlagen, ebensoviele sind es in Südkorea, China hat angekündigt, sechs neue Reaktoren zu errichten, Thailand ebenso.

In Indonesien will der amerikanische Konzern Westinghouse von 1995 an zwölf neue Atomreaktoren errichten.

Staaten des ehemaligen Ostblocks (Rußland, Ukraine) widersetzen sich den Forderungen westlicher Länder, zwölf ältere und als unsicher geltende AKWs vom Netz zu nehmen. Die ukrainische Regierung widerrief sogar die Zusage, die beiden noch im Betrieb befindlichen Blöcke in Tschernobyl abzuschalten. Beide Länder kündigten an, ihre auf Eis liegenden Konstruktionsprogramme wieder aufzunehmen. Das russische Ministerium für Atomenergie plant, den Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung von derzeit zwölf auf 30 Prozent zu steigern.

Große Hoffnungen setzt die Atomlobby auf den boomenden Markt in China, eines der Länder mit dem stärksten Wirtschaftswachstum. Bis zum Jahr 2015 erwartet die chinesische Regierung eine Verdreifachung des Strombedarfs auf 2.480 Terawattstunden (eine Terrawattstunde entspricht 1000 Milliarden Kilowattstunden!). Drei Milliarden Tonnen Kohle müßten dafür verbrannt werden. Aus „Umweltschutzgründen" will China darum auf die Atomkraft setzen. (taz, 8. 9. 94)

Atomindustrie in Wartestellung

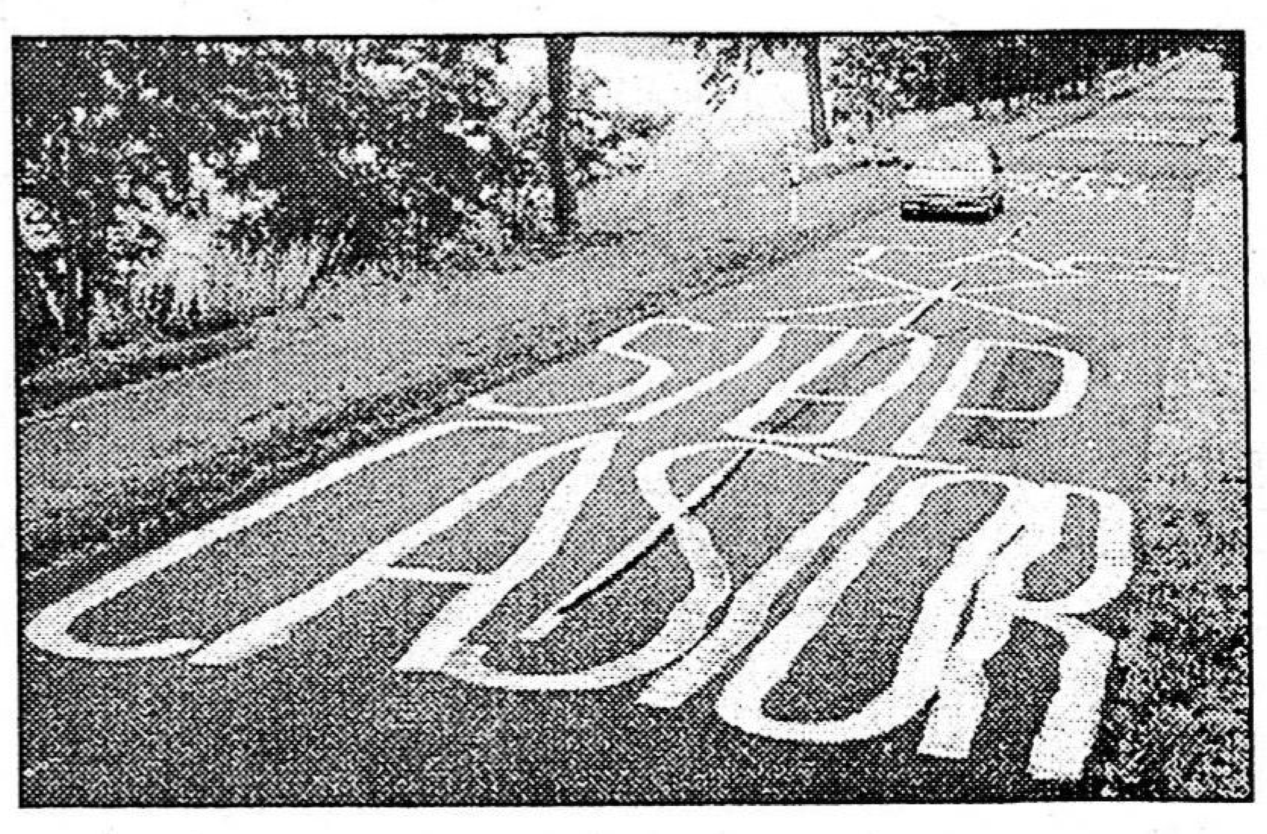
Zurück ins Inland. Auf den ersten Blick sieht es für die Atombetreiber nicht gut aus.

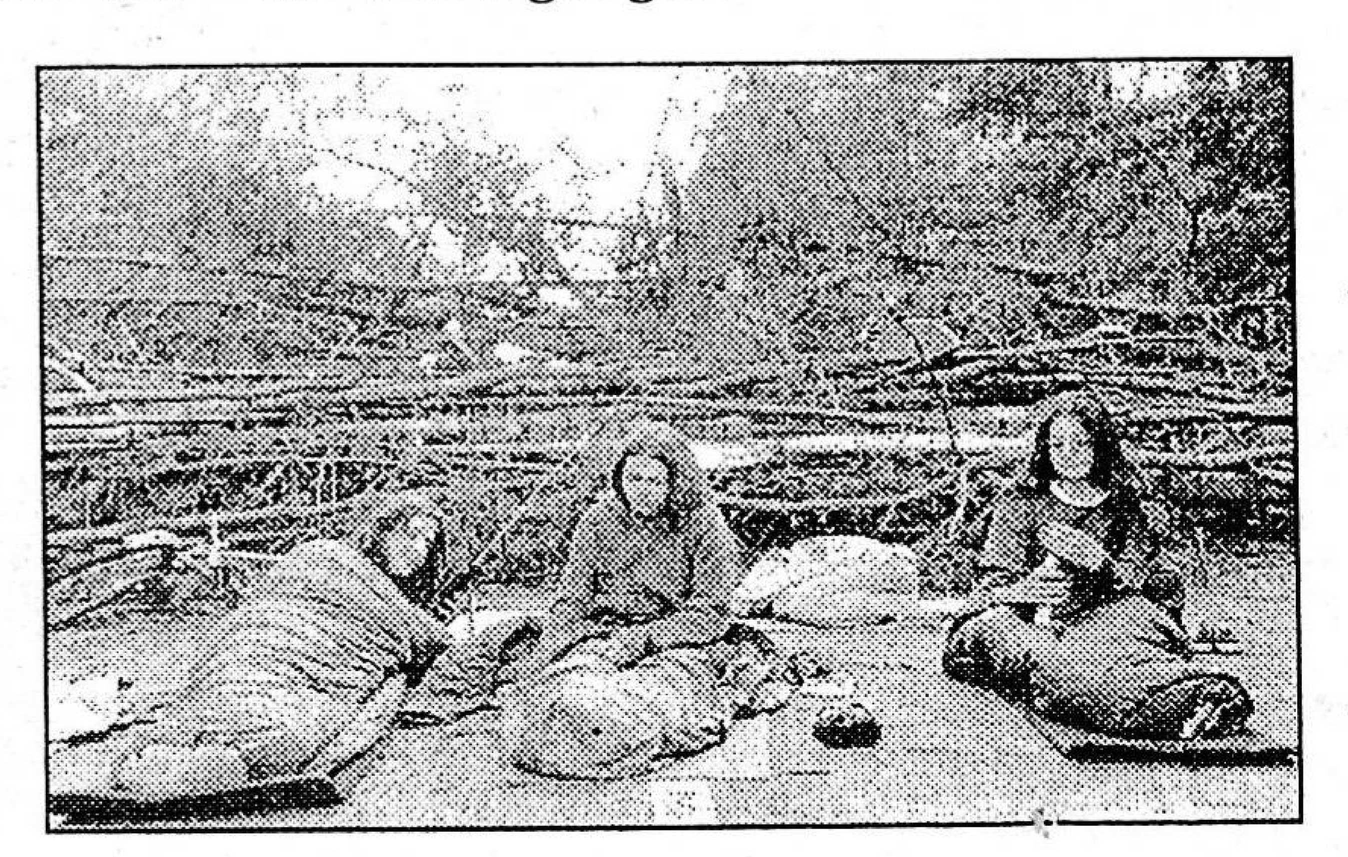
Hohe fehlgeschlagene Investitionskosten (Hochtemperaturreaktor, WAA Wackersdorf, Schneller Brüter); kein kalkulierbarer Entsorgungsnachweis; hohe Sicherheitsanforderungen an Atommeiler; keine Akzeptanz in der Bevölkerung; kein Bedarf für neue Atommeiler wegen Stromüberkapazitäten; (noch) kein akzeptabler konkurrenzfähiger Reaktortyp...

Die Atomgemeinde hält sich von daher zurück und auf der öffentlichen Bühne wird mit vertauschten Rollen gespielt: statt der EVU's prescht die atomgeile Bundesregierung vor. Sie drängt die EVU's endlich die konkrete Option (Absicht) zuzusagen – auf den Bau eines neuen Reaktors an einem bestimmten Standort in fünf Jahren. Gemeint ist ein von Siemens und der französischen Firma Framatone gerade in der Entwicklung stehender Reaktortyp EPR, der etwa ab Jahr 2005 weltweit angeboten werden soll.

Ein roter Teppich für die Stromgiganten

Die Strommanager der EVUs „zieren" sich und fordern günstigere Rahmenbedingungen:





„Ob sich die Branche für ein Atomkraftwerk entscheidet oder nicht, machen Stromvorständler wie Ulrich Hartmann (Veba) oder Dietmar Kuhnt (RWE) von drei Bedingungen abhängig:

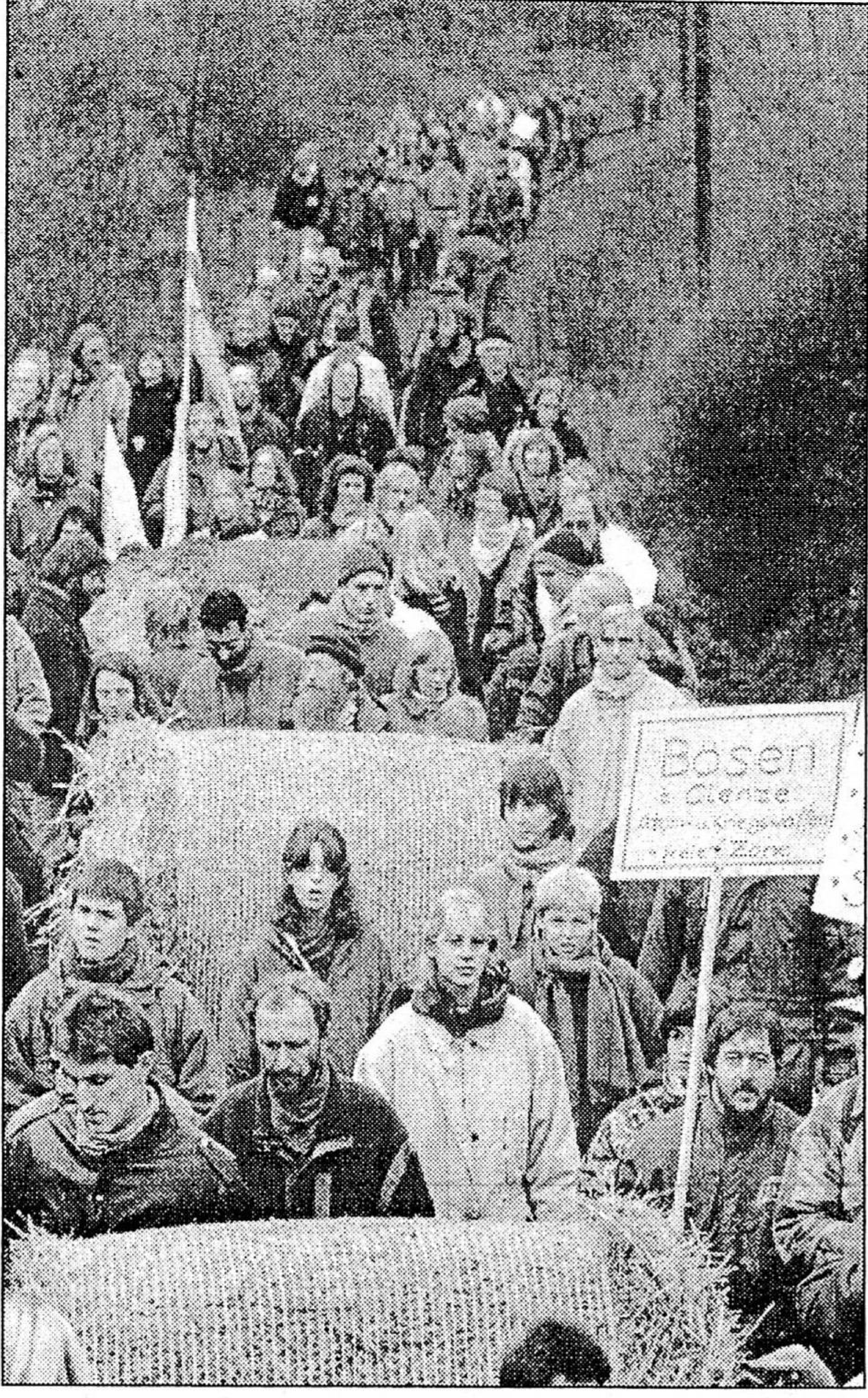
- *Es sollte breite gesellschaftliche Übereinstimmung herrschen, vor allem: keine „Obstruktionspolitik" rotgrüner Landesregierungen gegen neue Projekte.*
- *Es muß ein Bedarf für neue Strommeiler vorhanden sein.*
- *Auch unter den teuren Sicherheitsanforderungen des geänderten Atomgesetzes müssen sich die neuen Reaktoren im Verhältnis zu Kohlekraftwerken rechnen."* (Spiegel 29. 5. 95)

Zum Interesse der EVU's ergänzend die Aussagen desselben RWE-Vorständlers Kuhnt im Handelsblatt vom 7. 9. 95:

„Kuhnt ist davon überzeugt, daß deutsche Reaktoren verantwortungsvoll genutzt werden und die Kernkraft eine 'Zukunftstechnologie' mit Vorsorgefunktion für den Positionsstandort Deutschland darstellt. Und darüber hinaus bleibt für den RWE-Chef maßgeblich: 'Unsere Kernkraftwerke erfüllen weltweit vorbildliche Sicherheitsstandards. Wer sich unter nationalen Gesichtspunkten von der Kernenergie verabschieden will, begibt sich zugleich der Möglichkeiten zur positiven Beeinflussung der zukünftigen Beeinflussung der zukünftigen Sicherheitsanforderungen in der Kernenergie oder aktiven Hilfe bei osteuropäischen Anlagen.' 'In der deutschen kerntechnischen Entwicklung dürfe kein Fadenriß entstehen. Auch wenn kurzfristig kein Bedarf für neue Anlagen existiere, müsse weiter geforscht werden. Im Jahr 2005 sei zu untersuchen, inwieweit der neu konzipierte deutsch-französische Gemeinschaftsreaktor unter wirtschaftlichen und sicherheitstechnischen Anforderungen für die Stromversorgung hinzugezogen werden solle. Das Thema Nummer eins in der energiepolitischen Konsensfindung sei jetzt, dafür zu sorgen, daß technische Entsorgungsmöglichkeiten politisch auch wahrgenommen werden könnten. Die Standortprüfung eines Endlagers in Gorleben sei so lange weiterzuverfolgen, wie keine gleichwertige Option staatlicherseits für Prüfungen freigegeben werde. Im übrigen wiesen alle bisherigen Resultate darauf hin, daß Gorleben den sicherheitstechnischen Ansprüchen genügen könne, erklärte Kuhnt.

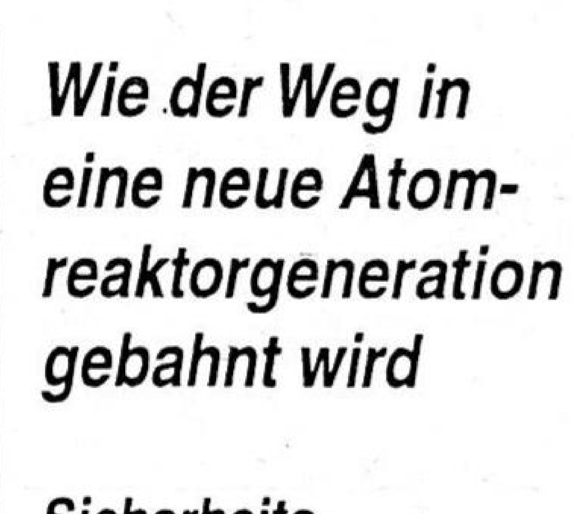
Ein Thema für energiepolitische Weichenstellungen dürfe gleichfalls nicht kleingeschrieben werden, nämlich die Voraussetzungen für einen politisch ungestörten Betrieb der Kernkraftwerke endlich zu schaffen."

Hier wird es interessant, weil die Hardliner in der Bundesregierung seit einigen Monaten dabei sind, die geforderten *„energiepolitischen Weichenstellungen"* zu setzen.



Dazu am gleichen Tag in der Frankfurter Rundschau: *„Merkel dreht an AKW-Standards – Umweltministerin will Vorgaben Töpfers unterbieten."*

„Im Umweltministerium gibt es Überlegungen die Sicherheitsstandards für künftige Atomkraftwerke neu zu regeln. (...) Diese neuen Eckwerte würden (...) niedriger liegen..."



Wie der Weg in eine neue Atomreaktorgeneration gebahnt wird

Sicherheitsanforderungen werden aufgeweicht

„Nach Paragraph 7 des neuen Atomgesetzes können Reaktoren nur noch genehmigt werden, wenn sich die Folgen einer Kernschmelz-Katastrophe wie Tschernobyl durch die neuartige Konstruktion auf die Atomanlage begrenzen lassen. Die Anlage müsse so ausgelegt sein, hatten Töpfer und Schröder festgelegt, daß ein Kernschmelzunfall nur einmal in einer Million Jahren passieren dürfe und daß, wenn er doch eintritt, 99 von 100 Kernschmelzen ohne Opfer beherrschbar sein müßten. Schon damals bemerkte Adolf Hüttl, Siemens-Vorstandsmitglied für Kernkraftwerke: 'Dann bauen wir nicht.' " (Spiegel 10. 4. 95)

Entsorgungsnachweis „entsorgen"

Seit dem Aus für die deutsche WAA war La Hague – neben der Anlage im britischen Sellafield – die einzige Möglichkeit für die deutsche Atomwirtschaft, den Nachweis der Entsorgungsvorsorge zu erbringen. Ohne ihn hätten alle Atommeiler abgeschaltet werden müssen. Schon seit langem ist der Zwang einen „Nachweis für die Entsorgungsvorsorge" des anfallenden Atommülls zu erbringen für die Atombetreiber ein lästiger Klotz am Bein. Jede Variante, sich dieses Problems zu entledigen, hat einen Pferdefuß. Deshalb tanzen die EVU's auf verschiedenen Hochzeiten:

Direkte Entlagerung

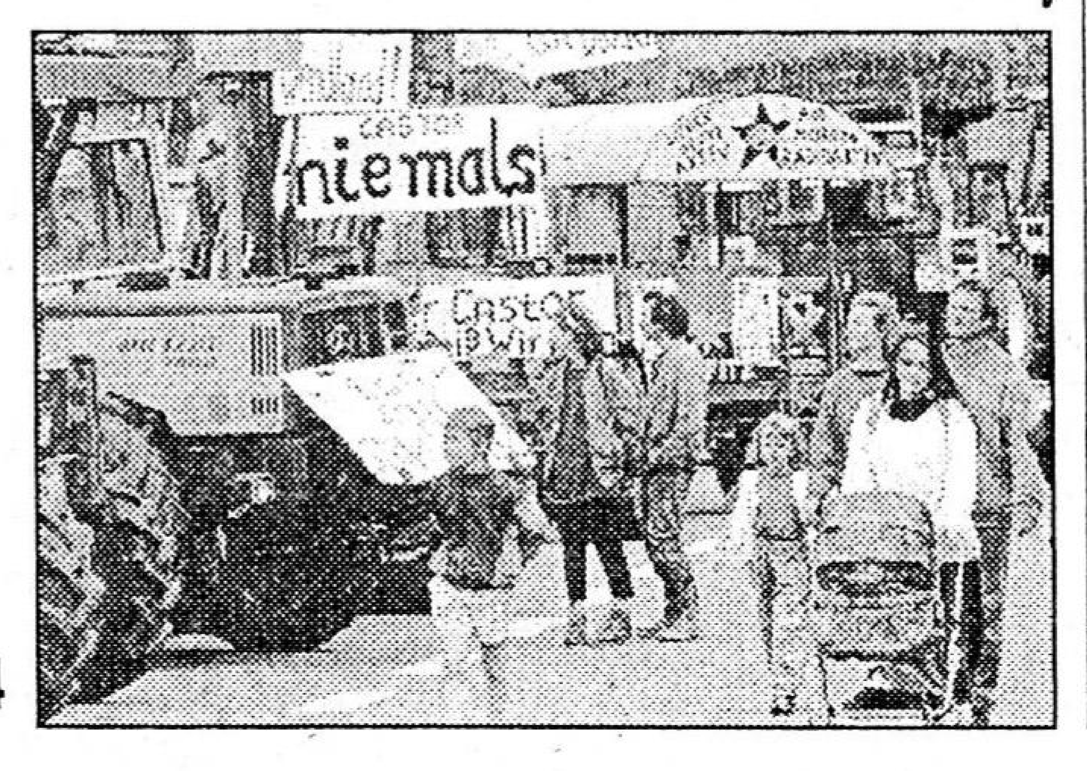
Seit Mai 1994 wurde mit dem sogenannten Artikelgesetz auch die direk-

te Entsorgung als Entsorgungsnachweis anerkannt. Seitdem stellt sich für die Stromunternehmen die Frage, welchen Weg sie in Zukunft beschreiten sollen: Wiederaufbereitung oder Endlagerung? Rein wirtschaftlich ist die Sache klar: Die direkte Endlagerung ist viel billiger. (2000 DM pro Kilogramm Kernbrennstoff) Doch dafür fehlt noch das Endlager. In Gorleben wird zwar der Salzstock weiter „erkundet", aber die Rechte an dem Salzstock liegen beim Anti-AKW-Grafen Bernstorff. Wenn das vom Bund eingeleitete Enteignungsverfahren erfolglos bleibt, droht diesem Projekt spätestens 1998 das Aus. Damit stände auch der Entsorgungsnachweis wieder auf wackligen Füßen. (Angaben „Die Woche" 4. 8. 95)



Wiederaufarbeitung in La Hague

Die andere Schiene wäre bei der Wiederaufarbeitung in La Hague zu bleiben. Diese ist in zwei Kontrakten festgehalten (Alt- und Neuverträge). Das sind Verpflichtungen über das Jahr 2000 hinaus mit erheblichen Abhängigkeiten: kündbar nur unter ziemlich kostenträchtigen Bedingungen (1,2 Mrd. DM). Im letzten Jahr lieferten sich die deutschen Atombetreiber einen Verhandlungspoker mit der



französischen Cogema (der Betreiberin von La Hague). Sie wollten aus den finanziell für sie sehr ungünstigen Altverträgen raus, sich andererseits jedoch den Entsorgungsweg über La Hague offenhalten. Das der Castor-Transport gerade in diese Verhandlungsphase fiel, ist kein Zufall – stärkte es doch erheblich die Verhandlungsposition der deutschen Atom-Betreiber, die damit zeigen konnten, daß sie zur Not ihren Entsorgungsnachweis auch mit dem Polizeiknüppel durchgesetzt bekommen.
Worauf sich Deutsche und Franzosen letztlich geeinigt haben, ist uns nicht bekannt. „Die Woche" vom 4. 8. 95 kommt zu folgender Einschätzung: *„Die Franzosen andererseits erweisen sich als erstaunlich flexibel. So bieten sie jetzt selbst die langfristige Zwischenlagerung ohne Wiederaufbereitung an, samt späteren Rücktransport der Brennelemente in endlagergerechter Verpackung. Da die reine Lagerung ausländischen Strahlenmülls aber nach französischem Abfallrecht verboten ist, verbindet Cogema diesen Vorschlag mit* (dem Trick) *der Pro-forma-Option zur Wiederaufarbeitung.*
Das läßt die deutschen Atom-Manager aufhorchen. Denn mit dieser Variante könnten mehrere atompolitische Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Die protestträchtigen Castor-Transporte nach Gorleben ließen sich eine Zeitlang umgehen, der Bau weiterer Zwischenlager in Deutschland wäre vom Tisch und der Ausstieg aus der Plutoniumwirtschaft ohne politische Risiken machbar. Darum neigen die Stromkonzerne derzeit dazu, sich auch in Zukunft den Entsorgungsweg über La Hague offenzuhalten. Der Verhandlungspoker mit der Cogema dreht sich im wesentlichen nur noch um den Preis."

Gesetzliche Abschwächung des Entsorgungszwangs

Die Bundesregierung dreht derweil an einer anderen Schraube.
„In einem internen Papier mit dem Titel 'Position zur weiteren Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie' schlagen die Experten vor, die Diskussion über die weitere Nutzung von Atomkraftwerken von einem Entsorgungskonsens abzukoppeln." (FR 19. 4. 95) Im Klartext geht es in diesem Strategiepapier um verschiedene Varianten, wie Atommüll weiter produziert werden darf, ohne den lästigen Nachweis erbringen zu müssen, daß er letztendlich auch sicher entsorgt werden kann. Im Papier heißt es weiter: Als Fortschritt bezeichnen sie, *„wenn es im Konsenswege gelänge, die Entsorgungsfrage politisch vom Weiterbetrieb der Kernkraftwerke abzukoppeln, also zu einem Entsorgungskonsens auch dann zu kommen, wenn es keinen Konsens über die weitere Kernenergienutzung gibt".*
„Kompromisse halten die Experten bei der Zwischenlagerung der hochgiftigen abgebrannten Brennelemente für möglich. Für die laut dem Atomgesetz jetzt mögliche direkte Endlagerung sei ohnehin eine „Abklingzeit" von etwa 40 Jahren zweckmäßig. Überdies habe die langfristige Zwischenlagerung den Vorteil, daß die Entscheidung über Endlagerung oder Wiederaufarbeitung erst später getroffen werden müsse. Die Erkundung des Salzstocks Gorleben als mögliches Atommüllendlager will das Bundesumweltministerium nicht aufgeben."

(...) *„Um der SPD und insbesondere Niedersachsen bei dem Wunsch nach einer gerechteren Verteilung der Lasten entgegenzukommen, könne eine Regionalisierung der Zwischenlagerung angeboten werden, so daß das Zwischenlager Ahaus für den westdeutschen Raum, Gorleben für Norddeutschland, Greifswald für Ostdeutschland und ein noch zu errichtendes Zwischenlager in Süddeutschland zur Verfügung stünden."*

SPD-Schröder (Niedersachsen) würde bei dieser Variante mitspielen: *„Künftig soll die Entsorgungspflicht der EVU bereits erfüllt sein, so Schröder, 'wenn sie eine ordnungsgemäße vorausschauend sichere Zwischenlagerung des Atommülls betreiben.' "* (Spiegel vom 29. 5. 95)



Das neue „Mekka" für die Atomindustrie: Atomland Ost

Die Essener Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) *„errichtete bereits das „Zwischenlager Nord", dicht am Kraftwerkskomplex Greifswald gelegen. Die Hallen sollen im Endausbau 200 000 Kubikmeter Fassungsvermögen haben – genug, um den gesamten Atommüll der 19 deutschen Meiler aufnehmen zu können. Noch steht dieses ostdeutsche Gorleben leer, doch schon Anfang dieses Jahres soll laut Genehmigungsantrag der erste Atomschrott anrollen."* (Spiegel 1. 1. 96)

Alternative Endlagerstätten

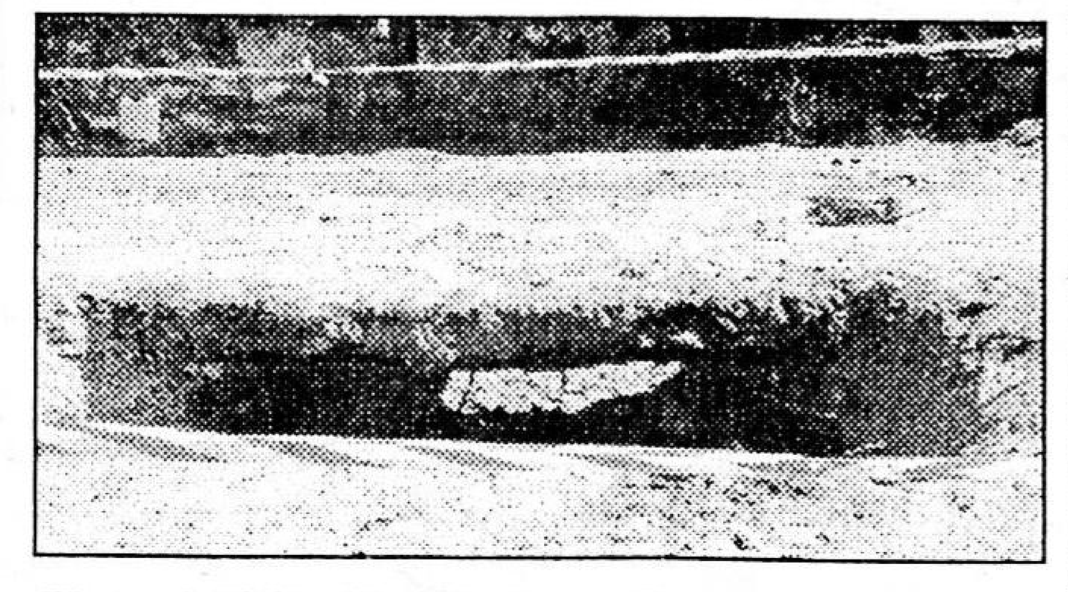
Auch für den Fall, daß die Wendländer sich weiter wacker wehren, sorgt die Bundesregierung bereits vor: *„Umweltministerin Merkel hat von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe bereits alle potentiellen Gesteinsformationen für Atommüll-Lager erkunden lassen – vom Erzgebirge bis zum norddeutschen Elbufer."* (...) Im Einzelnen: *„Als neue Endlagerstätte erkunden die Behörden derzeit den brandenburgischen Teil des Salzstocks von Gorleben und das benachbarte Gülze-Sumte. Auch das Fichtelgebirge und die Halle-Wittenberger Scholle gelten als untersuchungswürdig. Das Bundesumweltministerium hat schon im sachsen-anhaltinischen Waddekath einen Salzstock als Ersatz für Gorleben genannt, sollte das westdeutsche Endlager ausfallen."* (Angaben wiederum Spiegel 1. 1. 96)

Ungestörter Weiterbetrieb bestehender Meiler

Erinnert ihr euch noch an die Zeit, als die SPD alle Atomkraftwerke innerhalb von 10 Jahren stillegen wollte? Mittlerweile liest sich das so: Die Atomgemeinde *„wollen die am Netz hängenden Atommeiler ungestört von rot-grün geführten Regierungen betreiben, möglichst noch jahrelang. Dafür wären sie sogar bereit, über Restlaufzeiten zu verhandeln. Die Branche denkt an 40 Jahre, Schröder wäre bereit, 30 zuzugestehen."* (Spiegel 29. 5. 95)

Option auf einen neuen Reaktor

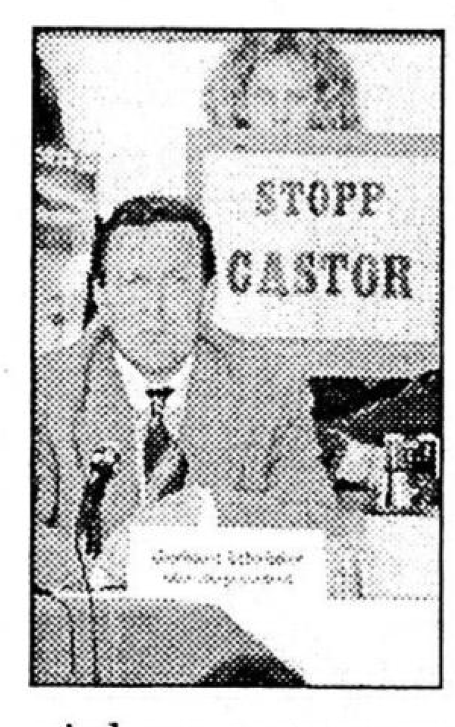
Hören wir uns einmal Frau Merkel an: *„Bei der Frage des Neubaus von Kernkraftwerken besteht heute kein konkreter Entscheidungsbedarf. Allerdings weiß jeder, daß die Forschung und Entwicklung kontinuierlich weitergeführt werden muß, damit in zehn Jahren eine konkrete Bauentscheidung für einen neuen Reaktortyp gefällt werden kann. Dies schließt ein standortunabhängiges Genehmigungsverfahren ein, um sicherzustellen, daß ein solch neuentwickelter Reaktor auch den gesetzlich festgeschriebenen Sicherheitskriterien entspricht* (wohl eher, weil eine standortunabhängige Entscheidung quasi einem pauschalen Freibrief für diesen Reaktortyp gleichkäme. Das heißt, ist ein Reaktor erstmal genehmigt, fallen weitere langwierige Einspruchsverfahren weg. d. Verf.) *Deshalb ist heute mehr notwendig als lediglich die politische Entscheidung, Forschung und Entwicklung fortzuführen. Über Restlaufzeiten bestehender Kernkraftwerke kann nur zum Zeitpunkt konkreter Bauentscheidungen gesprochen werden, ebenso über die Ausgestaltung der politischen Entscheidung. Auch sollten uns die Exporterfolge der Franzosen im südostasiatischen Raum und die Anstrengungen der Amerikaner in Osteuropa zu denken geben. In einigen Jahren wird der Erneuerungsprozeß der weltweit rund 400 Kernkraftwerke beginnen. Wir sollten dann deutsche Technologie anbieten können, beispielsweise den gemeinsam mit Frankreich entwickelten European Pressurized Water Reactor (EPR), der ein weltweit bisher unerreichtes Sicherheitsniveau haben wird."*



Unterhöhlte Zufahrtsstraßen zum Zwischenlager Gorleben

(FR vom 19. 6. 95)

Rührend, wie sich Frau Merkel für die deutsche Industrie einsetzt, nicht wahr? Aber schließlich geht es um die Stellung der Deutschen Industrie bei einem gigantischen Investitionsvolumen für die Erneuerung der 400 Kernkraftwerke...



Die SPD – wie immer ein Wackelpudding

Seit einiger Zeit laufen zwischen Vertretern aller Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsbossen sogenannte „Energiekonsensgespräche". Diese Gespräche sollen eine „breite gesellschaftliche Übereinkunft" über die zukünftige Energieversorgung in Deutschland herstellen, also auch über die Frage zukünftiger Atomkraftwerke, weil auch die Stromkonzerne ohne diese Zustimmung angeblich nicht neue AKW's in Auftrag geben wollen. Die Energiekonsensgespräche sind das letzte Mal im Mai 95 noch an diesem Punkt – der Option auf einen neuen Reaktor – gescheitert. Allerdings knapp. Schröder hätte möglicherweise auch an diesem Punkt



zugestimmt, wäre er nicht von seinem Parteichef Scharping zurückgepfiffen worden (schließlich besteht zumindestens formal noch der 1986 gefällte Ausstiegsbeschluß): *„SPD-Verhandlungsführer Schröder hatte nach Angaben des Nachrichtenmagazins Der Spiegel in einem Brief an SPD-Chef Rudolf Scharping mit seinem Ausstieg aus den Konsensgesprächen gedroht, sollte seine Partei die von ihm angebotene Kompromißlinie nicht unterstützen, nach der für die bestehenden Reaktoren im Atomgesetz Restlaufzeiten festgeschrieben werden sollen und die SPD im Gegenzug einem standortunabhängigen Genehmigungsverfahren für einen neuen deutsch-französischen Reaktortyp zustimmen müßte."* (FR 19. Juni 95)
Aber wer traut schon der SPD? Ausstieg. Ausstieg innerhalb von 10 Jahren. Ausstieg innerhalb von 30 Jahren. Genehmigungsverfahren für einen neuen Reaktor – ist doch alles das gleiche...

Garching II

In Garching bei München baut *Siemens* für die TU München einen neuen Forschungsreaktor.
Der Atommeiler soll ausschließlich mit hochangereichertem Uran betrieben werden. Für welche „friedlichen Zwecke" atombombenfähiges Uran in den Brennelementen gebraucht wird, bleibt offen. Fakt ist, die BRD will das Uran aus Rußland kaufen. Dies wird aber nur mit Zustimmung der Euratom, der europäischen Atomgemeinschaft möglich sein. Dort haben die USA ein Wörtchen mitzureden. Seit 1992 versucht jedoch die Bundesregierung in Verhandlungen über eine Vertragsverlängerung von Euratom, das Mitspracherecht der USA zu beenden, dies sei „politisch und technisch nicht länger akzeptabel", so der bundesdeutsche Verhandlungsleiter Wilhelm Gmelin. Die Deutschen wollen ohne ausländische Kontrolle mit waffenfähigem Uran forschen. Für eine deutsche Atombombe?

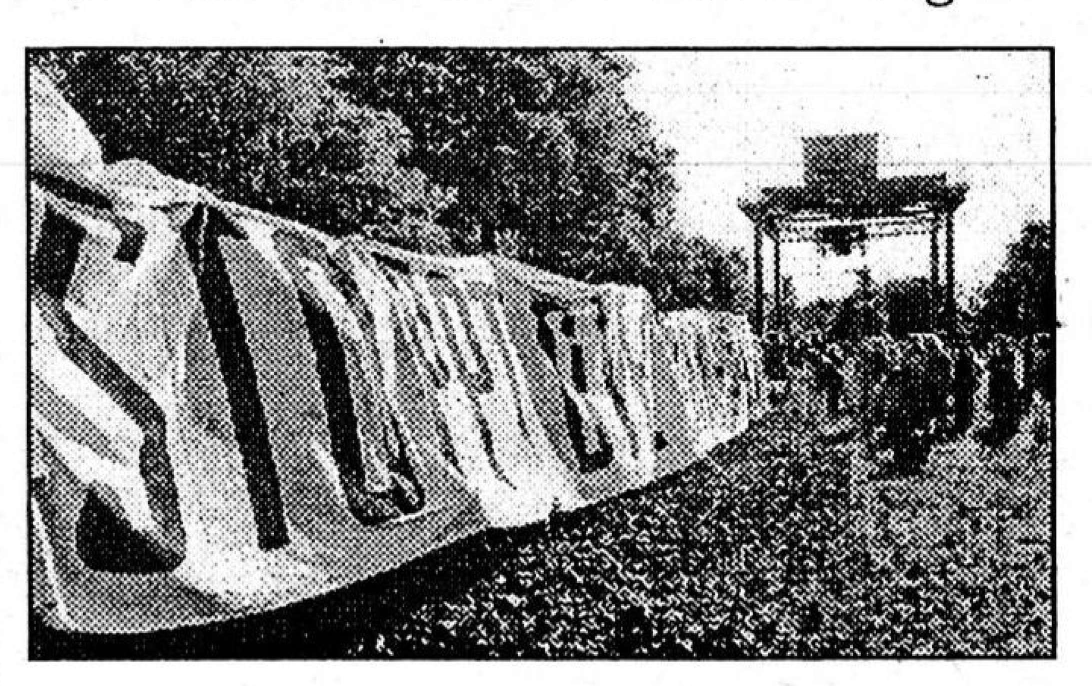
Die Offensive beginnt

Nachdem dieser Artikel bereits fertig war, erschien am 1. 1. 96 ein Bericht im „Spiegel", der ein Abweichen von der bisher vorsichtigeren Linie andeutet. Die Atommafia geht in die Offensive.

„Wir wollen den Reaktor" – Der „EPR" und der „Iter"

„Eine große Koalition aus Sozialdemokraten und Bundesregierung will Ostdeutschland zu Europas führender Atomtechnologieregion aufrüsten: ein Fusionsreaktor soll nach Mecklenburg-Vorpommern, schon in Kürze gehen dort das europaweit größte Zwischenlager für Atommüll in Betrieb, etliche Endlagerstätten werden erkundet."
Schwerins stellvertretender Ministerpräsident und SPD-Wirtschaftsminister Harald Ringstorff und Reaktorministerin Merkel forcieren einen neuen Reaktortyp „Iter". *„Das Kürzel steht für Internationaler Thermonuklearer Experimenteller Reaktor. Anders als bei der Kernspaltung soll in dem hochmodernen Experimentierkraftwerk Energie durch Kernverschmelzung gewonnen werden. Für diesen Reaktor, dessen Funktionsweise bereits in mehreren Pilotprojekten weltweit getestet wird, wollen 20 Industriestaaten zwölf Milliarden Mark bereitstellen. Im nächsten Jahrtausend soll mit dem Bau begonnen werden – nur ist noch offen, wo. Um das Kraftwerk konkurrieren die Vereinigten Staaten, Japan, Rußland, und auch die EU ist derzeit auf Standortsuche. Deutschland ist dabei ein 'leading candidate' (Nature)"* (...) *„In der Tat kann die CDU/SPD-Koalition in Schwerin im internationalen Wettbewerb ein DDR-Erbe nutzen: In Greifswald stehen bereits fünf konventionelle Atom-Meiler sowjetischer Bauart"* (...) *„Der Kraftwerkskomplex ist mit über 280 Hektar Fläche größer als die vier West-Meiler Brokdorf, Biblis, Stade und Philippsburg zusammen. Für den künftigen Fusionsreaktor, so wirbt das Land in einem Ministeriumspapier, stünden schon 'Wasserkanal, Kühltürme, Überwachungssysteme, Zwischenlager' sowie eine 'großdimensionierte Feuerlöschanlage' bereit. Selbst der Widerstand der Umweltschützer scheint kalkulierbar. Der Iter-Experte Udo Janssen, langjähriger Sprecher des norddeutschen Energiekonzerns Preussen-Elektra und vorübergehend Berater des Schweriner Wirtschaftsministeriums, erfuhr bei einer Ortsbegehung von einem amtlichen Naturparkschützer: 'Die Landschaft ist hier schon so versaut, da könnt ihr den hinbauen. Mit uns geht das' ".*
(Zitate alle aus Spiegel 1. 1. 96)

Wir wollen hier nicht alles aufführen. Der Artikel ist lohnenswert und wenn ihr wissen wollt, woher der Wind weht, holt ihn euch einfach...
Die neue Qualität, die in ihm angedeutet wird, ist das Hand in Hand von SPD und CDU, die in selten deutlicher Einmütigkeit agieren und von daher ein Umfallen der SPD auch im gesamten Atomkurs realistischer machen. Und, das von den Schweinchen das Ganze selbst von bisher langfri-



stiger Planung in die nahe Zukunft geholt wird: Erstmals wird in diesem Artikel erwähnt, daß der *„geplante Baubeginn"* für den EPR-Reaktortyp schon *„das Jahr 1999"* sein soll. (ihr erinnert euch: der oben erwähnte von Siemens und Framatone geplante neue „Sicherheitsreaktor", der ursprünglich erst frühestens ab Jahr 2005 in Angriff genommen werden sollte)
Dennoch: Die Energieversorgungsunternehmen (als spätere Auftraggeber) haben keine Eile. Sie lassen sich günstigere Rahmenbegingungen servieren, bevor sie in einen offenen Konflikt einsteigen. Derweil steigen sie mit Milliardengewinnen in ihre bisherige und in neue Branchen ein:

Der große Reibbach der EVU's mit dem Strom

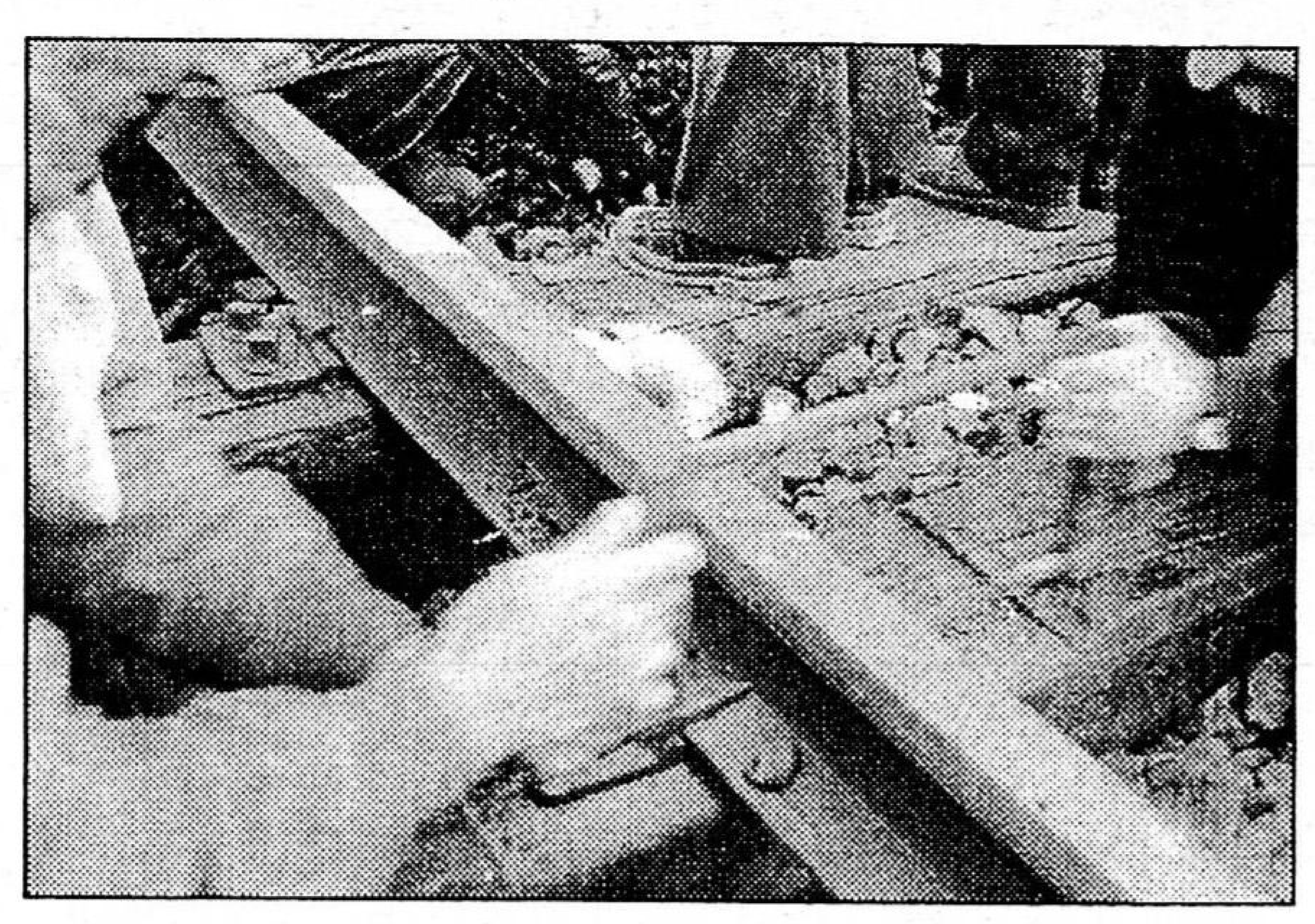
1990 handelten die große Drei (RWE, Veba und Viag/Bayernwerk) mit der damaligen DDR-Regierung den sogenannten Stromvertrag aus und übernahmen damit für die gesamte DDR-Stromindustrie die Geschäftsführung.

Da sie damit bis 1991 die Strompreise auf westdeutsches Niveau steigern konnten, ließen sie sich praktisch durch die ostdeutschen BürgerInnen den Verkauf ihrer eigenen Stromindustrie in vier Jahren bezahlen. Der Atomstrom hat *„den Konzernen eine weitere phantastische Geldquelle erschlossen: den Atommüll. Was gemeinhin als das größte Problem der Atomkraft gilt, die ungelöste Entsorgungsfrage, verwandelt sich in den Bilanzen von RWE, Veba und Viag in eine schier unerschöpfliche Kasse. Das Zauberwort für die atomgetriebene Geldvermehrung heißt Rückstellung. Weil niemand genau weiß, wie teuer das endgültige Atommüllgrab und vor allem der spätere Abriß der verstrahlten Atomzentralen werden, langen deren Betreiber per Stromrechnung schon vorab kräftig zu."* Am Beispiel des AKW Brokdorf: *„Dort kassiert die Betreibergesellschaft unter Führung der Veba mit amtlicher Genehmigung allein für den späteren Abriß 1,88 Pfennig pro Kilowattstunde und sammelt so in 20 Jahren rund 3,75 Milliarden Mark ein – fast soviel wie die ursprünglichen Baukosten.* (...) *„Insgesamt besorgten sich die Atomkraft-EVU auf diese Weise steuer- und zinsfrei bis heute schon rund 40 Milliarden Mark, mit denen sie kaufen können, was sie wollen. Ob und wann das Atomgeld in dieser Höhe wirklich gebraucht wird, muß sie nicht kümmern. Die Frage stellt sich erst Jahrzehnte später."* (Zitate aus Spiegel 46/95)

Einstieg in Zukunftsbranchen

„Die Stromfürsten dehnen unterdessen ihr Reich in immer neue Branchen aus. Längst ist es nicht mehr möglich, auch nur einen Tag in Deutschland zu verbringen, ohne einem der Energiekonzerne auch ausserhalb der Stromrechnung Tribut zahlen zu müssen. Die Stromer, die fleißig Firmengruppen zusammenkaufen, sind vor allem auf eines aus: auf Gebühren.

In der Abfallwirtschaft haben Firmen wie die RWE-Töchter Trienekens und R & T oder die Veba-Tochter Westab schon rund ein Viertel des Marktes im Griff. Eifrig bauen sie als Generalentsorger für ganze Regionen neue Monopole auf.



Über Kredite und Posten übernahmen sie auch die Regie beim 'Dualen System' für Verpackungsmüll. Schon etwa die Hälfte der jährlich vier Milliarden Gebühren für den Grünen Punkt landen in den Kassen der Stromer. Auf der Gegenseite, bei den Müllerzeugern, beherrscht die Münchner Viag/Bayernwerk-Gruppe mit Dutzenden Unternehmen den Markt für Verpackungen aller Art, von der Pet-Flasche bis zu Aluminiumdose.

Strategisch bauen die Energieversorger auch ihre Beteiligung in der Wasserwirtschaft aus, wo erneut große Monopolgewinne winken. (...)

Alle gemeinsam rüsten für die Eroberung des Telefonmarktes ab 1998. Auch das dann aufgelöste Staatsmonopol droht nun in die Hände eines nicht minder teuren privaten Oligopols zu fallen. So bringt die kleine Elektrizitäts-Elite einen immer größeren Teil des Sozialprodukts unter ihre Kontrolle. 'Die Monopole der Stromkonzerne', warnt Dieter Wolf, Präsident des Bundeskartellamts, 'sind enorm schädlich für die Volkswirtschaft.'"

Soweit der Spiegel, dem wir hier mal recht geben müssen.

Und wir?

Nach diesem kleinen Rundumschlag wollen wir aufhören, euch mit weiteren Einzelheiten zu bombardieren. Interessanter finden wir die Frage, ob wir Linksradikale die Entwicklung dieser gigantische Maschinerie ignorieren und damit – so meinen wir jedenfalls – auch die Erfolge aus 20 Jahren Anti-AKW-Bewegung verspielen. Wir wollen Euch keinen konkreten Handlungsvorschlag mitliefern. Der Widerstand z. B. gegen den ersten Castortransport nach Gorleben hat gezeigt, daß die Anti-Atom-Bewegung sich zu wehren weiß. Weitere Transporte werden folgen und die Vorbereitungen für einen noch teureren Einsatz sind im Gange. Unsere Frage lautet eher: warum immer warten, bis die anderen kommen?

Es gibt viele Möglichkeiten, offensiv zu werden.– wir sollten sie nutzen...!

Einige Autonome



7

Sisterhood is powerfull
Zur Demonstration gegen das PKK-Verbot am 18.11. in Köln - ein Nachtrag

Im November vor zwei Jahren wurde die PKK hier in der BRD verboten, was faktisch auch das Verbot aller kurdischen Vereine und Organisationsansätze bedeutet, die in irgendeiner Form - und sei es - kulturell- für die Befreiung von der türkischen Kolonialherrschaft und gegen den schmutzigen Krieg in Kurdistan eintreten. Die Regierenden der BRD setzen zur Durchsetzung ihrer eigenen imperialistischen Interessen auf die eigentlichen Machthaber in der Türkei: das Militär. Der Grund für ihr großes Interesse ist vielschichtig: neben der wichtigen geostrategischen Lage der Türkei ist es z.B. die Nähe zum arabischen Öl und der Zugang zu den rohstoffreichen ehemaligen Sowjetrepubliken. Ebenso geht es ihnen auch um eine andere, immer wichtiger werdene Ressource: das Wasser. Die Türkische Republik will sich mit dem größten Staudammprojekt der Welt (GAP) in Kurdistan in die Lage versetzen, Syrien und den Irak vollständig das Wasser abdrehen zu können. Die bundesdeutschen Konzerne haben dabei für die Finanzierung den Zuschlag bekommen. Darüberhinaus ist die BRD einer der größten Waffenexporteure in die Türkei und die Erfolge einer sozialistischen Befreiungsbewegung würden auch den Siegeszug der neuen deutschen Großmacht politisch ins Wanken bringen, die sich doch besonders emsig bemüht, den Sozialismus auf den Scheiterhaufen der Geschichte zu befördern.
Während inzwischen selbst aus den USA andere Töne zu hören sind, weil sie die Unmöglichkeit der militärischen Vernichtung des kurdischen Widerstandes einsehen müssen (sie kennen das ja aus Vietnam), hält sich die BRD weiter an die Linie des türkischen Militärs. Dementsprechend wird mit aller Härte vorgegangen. Zur Zeit sitzen mehr als 100 kurdische politische Gefangene in bundesdeutschen Knästen und es gibt über 900 Ermittlungsverfahren. Kurdische Frauen und Männer werden in die Türkei -und das heißt in die sichere Folter- abgeschoben, die Zeitungen sind voll von rassistischer Hetze gegen Kurden als angebliche Drogenhändler und Kriminelle etc. Die Kriminalisierung der kurdischen Bewegung hat auf allen Ebenen immense Auswirkungen auf die linke und feministische Bewegung hier: keinen Widerstand dagegen zu leisten, bedeutet die Aufgabe einer internationalistischen Perspektive auf Befreiung und gleichzeitig die Verschlechterung unser aller Kampfbedingungen hier in der Metropole. Je mehr wir zurückweichen, desto härter wird die Repression. Wir als Feministinnen können von dem Mut und der Stärke der kurdischen Genossen und besonders der kurdischen Genossinnen viel lernen.
Über das Verbot der Demonstration und die Verhaftungen am 18.11. in Köln ist einiges berichtet worden, aber oftmals blieb als Ergebnis nur die Stärke des Feindes und das durchgesetzte Verbot stehen. Wir -einige der FrauenLesben, die an der Demonstration teilgenommen haben- haben den Tag aber auch als einen Tag von Widerstand und Stärke erlebt und möchten diese für uns sehr wichtige und kämpferische Erfahrung deshalb an dieser Stelle mit-teilen.

Es war der 18.11. und wir wollten in Köln in einem hoffentlich starken und entschlossenen FrauenLesbenblock gegen die Kriminalisierung der kurdischen Befreiungsbewegung demonstrieren und unsere Solidarität mit ihrem Kampf -vor allem mit dem Kampf der kurdischen Frauen- ausdrücken. Dies gefiel den Regierenden in diesem Lande überhaupt nicht, und so hatten sie die Demonstration schon im Vorfeld verboten. Wir wollten dieses Verbot nicht so ohne weiteres hinnehmen und hatten beschlossen, trotzdem zu demonstrieren. Köln glich, wie es selbst der Kölner Express am nächsten Tag ausdrückte, „einer Festung". Tausende von Polizisten waren im Einsatz, um die anreisenden Demonstrantinnen und Demonstranten daran zu hindern, ihren Protest gegen das, was in diesem Lande geschieht, auszudrücken. Viele wurden in Vorkontrollen rund um die Stadt abgefangen, ein Bus in Frankfurt gar am Abfahren gehindert. Die ganze Innenstadt wurde abgesperrt und Personen nach Augenschein herausgegriffen, ihre Personalien festgestellt und ihnen „Stadtverbot" erteilt.
Da der offizielle Ort der Auftaktkundgebung vollständig abgeriegelt war, trafen wir nach und nach am Alternativtreffpunkt Kölner Domplatte ein. Auch hier war die Staatsgewalt in Massen präsent und kontrollierte bereits einzelne Demonstranten und Demonstrantinnen. Trotz dieser massiven Präsenz wurden um ca. 12 Uhr Transparente entrollt. Durch ein Megaphon wurde der Grund unserer Aktion publik gemacht, und die Demonstration formierte sich entschlossen. Sehr schnell und zügig und unter dem Rufen lauter Parolen zogen wir los: „Weg mit dem PKK-Verbot! Hoch die internationale Solidarität!" Die Polizei reagiert mit Panik. So schnell und kurzentschlossen hatten sie uns nicht eingeschätzt. Nach keinen hundert Metern wurden wir mithilfe von Tränengas und roher Gewalt am Weitergehen gehindert. Zurück auf der Domplatte waren wir im Nu von Hunderten von Polizisten umstellt, deren Einsatzleiter anschließend absurderweise unsere Auflösung forderte. Als das nicht geschah (was ja auch gar nicht geschehen konnte und sollte), begann die so titulierte „Ingewahrsamnahme" der noch ca. 300 anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmer. In Bussen wurden wir - zumeist mit Handfesseln gebunden- an verschiedene Orte gebracht; unser Aufenthaltsort für die nächsten Stunden sollte die Polizeischule in Brühl sein. Schon im Bus begannen wir mithilfe von Parolen und Forderungen unseren Kampfgeist ein wenig wieder aufzurichten und uns für das, was auf uns zukommen sollte, zu mobilisieren.
In Brühl angekommen, wurden wir, nachdem wir längere Zeit im Bus gefroren hatten, einzeln in das Gebäude geführt und überfallmäßig ED behandelt. Es gab immer wieder welche, die sich energisch gegen diese „Behandlung" wehrten und nur mit entsprechenden Prügelbullen dazu gezwungen werden konnten. Nach einer Durchsuchung durch weibliche Staatsbüttel wurden wir in einen größeren Raum im Erdgeschoß gebracht, der an

der offenen Tür von Bullen bewacht wurde. Nach einer Weile stellten wir die an den Wänden stehenden Stühle in einen Kreis zusammen und begannen zu singen und Parolen zu rufen: „Hey hey- ho ho - imperialism has got to go! Mujeres unidas - jamas sera vencidas! (Frauen vereinigt, können niemals besiegt werden!)..." Waren zu Beginn noch Bullen im Raum, so vertrieben wir sie damit nach und nach und hatten als ersten kleinen Sieg den Raum „bullenfrei". Wir breiteten ein bis hierher mitgebrachtes Transparent auf dem Boden aus. Durch dieses fühlten sich die Bullen so provoziert, daß sie mit einem Rollkommando in unsere Zelle stürzten. Es gelang ihnen allerdings erst beim zweiten Anlauf, es zu beschlagnahmen. Einzelne Bullen und auch eine Bullenfrau taten sich bei diesem und den dann immer wieder folgenden Einsätzen durch besondere Brutalität, Rassismus und Aggressivität hervor. Die nächsten der Bulleneinsätze waren meist hervorgerufen durch eine Rollade, die von uns immer wieder aufgemacht, und von der Bullen immer wieder geschlossen wurde. Ein Blick nach draußen auf die immer wieder neu ankommenden Gefangenenbusse und vor allem eine Kontaktaufnahme sollte uns mit Gewalt versagt werden. Dabei war jeder doch erreichte Sichtkontakt, eine gereckte Faust oder ein aufmunterndes Zulächeln ein Sieg auf unserer Seite. Die mobilisierende Stimmung unter uns stieg mit jeder von uns bestimmten und durchgeführten Aktion. Wir sangen alle möglichen Widerstandslieder, tanzten Kreistänze und riefen immer wieder neue Parolen. Das Verhältnis von Staatsmacht und Widerstand, von Aktion und Repression konnten wir an diesem Tag mit all seinen Gesetzmäßigkeiten auf das anschaulichste studieren. Jeder Schritt, den wir zurückwichen, wurde von ihnen mit der Eroberung von Raum quittiert, jede Aktion von uns, die gemeinsam und entschlossen durchgeführt wurde, stärkte unseren Widerstandsgeist und machte neue Forderungen und Schritte möglich.

Natürlich ist in der Hand des Feindes der Raum, der zu erobern ist, entsprechend eingegrenzt, aber wieviel dennoch möglich ist, von dem frau vorher denkt „niemals", war eine Lehrstunde in dieser Zelle. Ein Bus beispielsweise hatte es durch die konsequente Weigerung auszusteigen durchgesetzt, die bei allen anderen durchgeführte und angeblich 100% nicht vermeidbare, noch dazu aber illegale ED-Behandlung zu verhindern. (Bei Ingewahrsamnahme ist eine ED-Behandlung rechtlich nicht zulässig). Auch die Bullen spürten und reagierten entsprechend, wenn ihnen eine wirklich ernst gemeinte Grenze gesetzt wurde.

Bei einem der vielen Rollkommandos wegen irgendwelcher Kleinigkeiten, brachte eine Bullenfrau gegen eine der anwesenden Genossinnen den Spruch:"Lern du erstmal richtig deutsch sprechen, bevor du redest". Als dieser Spruch mit einer entsprechenden Bemerkung quittiert wurde, schlug die Bullenfrau der Genossin mit der Faust ins Gesicht. Daraufhin haben alle Frauen entschlossen den Gegenangriff gestartet, und den Bullen war klar, daß sie sich jetzt zurückziehen müssen, wenn sie nicht vollends eskalieren wollen. Die Bullenfrau, deren Dienstnummer wir natürlich haben wollten, wurde von ihren Kollegen nach hinten gezogen und tauchte nicht mehr auf. Die Bullen zogen sich zurück.

Im Bezug auf den weiteren Aufenthalt in der „Gewahrsam" hatten sie am Anfang vor, jede einzelne von uns noch einmal zu vernehmen. Wir weigerten uns. Als sie eine Frau, auf die es ein Bulle besonders abgesehen hatte, rausholen wollten, haben wir uns gemeinsam dagegen gewehrt. Sie haben es schließlich mit einem Rollkommando durchgesetzt und die Frau an Armen und Beinen aus der Zelle geschleppt. Wir beschlossen, daß wir nichts weiter mehr „mitmachen" würden, wenn sie die Frau nicht wieder zu uns zurückbringen würden. Nach gemeinsamer Beratung wurde uns klar, daß auch das in dieser Situation nicht ausreicht, und so begannen Frauen, die Lehnen von den vorhandenen Stühlen zu entfernen und gegen die Wand, die Stühle, auf den Boden und was sonst noch alles so da war, zu schlagen: "Eins,zwei,drei - laßt die Frau frei!" Ca. zehn Minuten ließen wir nicht nach mit unserem Krach, bis die Frau wieder zurückgebracht wurde. Sie hatten sie ED-gefoltert. Anders läßt sich das nicht benennen: An allen vieren gefesselt, in der Anwesenheit von männlichen Bullen und mit festem Drücken auf Ohnmachtspunkte wurde sie ausgezogen, um sie für die ED zu „begutachten". Als sie zurückgebracht wurde und erzählte, was sie mit ihr gemacht hatten, trat für eine Weile ein betroffenes Schweigen ein. Es war klar, welche Lektion das für uns sein sollte: So ergeht es jeder, die es wagt, Widerstand zu leisten... Die Betroffene selber erzählte jedoch auch von ihrem Widerstand gegen diese „Behandlung" und daß ihr das einen Stolz gegeben hat, den auch die Gewalt der Bullen nicht brechen konnte.

Die einzig richtige Antwort auf die Gewalt der Bullen war dann für uns, wieder Parolen zu rufen, uns aufzulehnen, Widerstand zu leisten - auch um die Demoralisierung, die sie damit beabsichtigt hatten, aktiv gegen sie zu wenden.

In all diesen Stunden hat sicher jede der anwesenden Frauen mehr als einmal mal einen Tiefpunkt gehabt, gedacht: was soll das alles, laß uns auf ihre Forderungen eingehen und gut. Aber zum Glück waren dann immer wieder andere Frauen da, die sich wieder für eine andere Haltung stark machten, z.B. indem sie daran erinnerten, worum es uns an diesem Tag ging: um den Kampf gegen das PKK-Verbot, gegen die Kriminalisierung einer Befreiungsbewegung, gegen den mörderischen Krieg in Kurdistan. Dieser Tag hat uns auch gezeigt, wie jedes Eingehen unsererseits auf ihre Bedingungen nicht nur unsere Demobilisierung zur Folge hatte, sondern auch die Verschärfung unserer Bedingungen. Auch dafür ein Beispiel: Gegen Ende unseres unfreiwilligen Aufenthaltes führten wir Verhandlungen (zu denen es auch nur aufgrund unseres Kampfes gekommen war) über die Art und Weise unseres Rücktransportes. Ihre Ausgangs-"vorschläge" waren, daß wir einzeln zum Abholen unserer beschlagnahmten Sachen geführt werden sollten und dann in zwei Bussen getrennt und nacheinander nach Brühl oder Köln-Außenstadt transportiert werden sollten. Wir stellten durch Parolen und Krach zunächst einmal klar, daß einzeln mit uns überhaupt nichts mehr passieren würde. Nachdem wir darüber eine Zusage erreicht hatten,

drehten sich die weiteren Verhandlungen um die Art des Transportes. Die Stimmung wurde während dieser anstrengenden Palaver allmählich gereizter und es wurde schwierig, gemeinsame Übereinkünfte zu treffen. Viele Frauen waren der Ansicht, daß wir doch nun endlich auf ihre Vorschläge eingehen sollten und dann sei Ruhe. Darauf meinte eine Genossin richtigerweise, daß ein solcher Vorschlag sicher auch mit dem Besitz eines deutschen Passes zu tun habe und der (momentanen) Sicherheit darüber, daß damit der Schaden für eine selbst sich begrenzen würde. Nun gut, als sich bei einem Vorschlag der Bullen, uns in zwei Bussen nach Brühl zu bringen, die Defensive von uns durchschlug und wir darauf eingingen, kam prompt von den Bullen die nächste Forderung: wir müßten nun doch wieder alleine durch das Gebäude zum Bus gehen und das ginge „auf gar keinen Fall anders“. An diesem Punkt war wiederum unsere Schmerzgrenze erreicht und sofort gingen wir wieder dazu über Krach zu machen und Parolen zu rufen. Und siehe da: Innerhalb von nicht einmal einer Minute widerriefen die Büttel ihre Ansagen... „Danke für diese Lehrstunde“, kann ich an dieser Stelle nur dazu sagen. Besser kann's mir kein Ratgeber über „wie verhalte ich mich in Gefangenschaft“ erklären.
Auch als wir endlich im Bus waren, der ungefähr zu einem Drittel von uns und zu zwei Dritteln mit dick gepolsterten frischen SEK-Einheiten gefüllt wurde, reizte mich die Vorstellung, nun endlich aber „Ruhe“ zu geben und den Tag zu beschließen. Andere Genossinnen sahen das aber auf dem Hintergrund ihrer Erfahrungen als verfrüht an und führten die Konfrontation weiter. Der Erfahrungshintergrund der Frauen war der, daß in anderen Fällen Frauen auch schon mal trotz gegenteiliger Zusage einzeln in irgendwelchen Vorstädten rausgelassen worden waren und die letzte sogar in einem Waldstück von den Bullen gezwungen worden ist, sich auszuziehen. Auch erfuhren wir später, daß auch an diesem Tag ein Bus die Insassen außerhalb der Stadt in einem Waldstück rausgelassen hatte.
Aufgrund unseres glücklicherweise dann trotzdem noch ausreichenden Kampfgeistes wurden wir schließlich alle gemeinsam an einer Bushaltestelle in Köln wieder freigelassen. Es war schon komisch, sich plötzlich von all den Frauen zu verabschieden, mit denen frau in den vergangenen Stunden soviel an gemeinsamem Widerstand aufgebaut und durchgeführt hatte. An dieser Stelle ein Gruß an alle! Ich denke, der Großteil der anwesenden FrauenLesben hat den Tag in der Zelle als einen sehr mobilisierenden in Erinnerung behalten. Mich jedenfalls hat er nochmal bestärkt: in der Richtigkeit dessen, wofür wir kämpfen und vor allem auch darin, daß es möglich ist, zusammen zu kämpfen und etwas zu erreichen, auch wenn die Situation aussichtslos erscheint. Der Kampf selbst enthält eine nicht zu unterschätzende Dynamik, die sicher jede, die schon einmal einen entschlossen geführt hat, erlebt hat. Kampf erzeugt Kampf und Widerstandskraft!

Organisieren wir uns als FrauenLesben gegen das imperialistische Patriarchat!
Weg mit dem PKK-Verbot!
Solidarität mit der YAJK!
Sisterhood is powerfull!

Ab 22.1.96: Prozeß gegen Ömer vor dem Schwurgericht MS

Nach fast einem Jahr Untersuchungshaft beginnt am 22. Januar dieses Jahres der Prozeß gegen den Kurden Ömer E. vor dem Schwurgericht Münster. Aus einer angeblichen Beteiligung an einem gescheiterten Brandanschlag auf ein türkisches Reisebüro an der Grevener Straße in der Nacht vom 18. auf den 19.3.1995 ist mittlerweile eine Anklage wegen *"12-fachen versuchten Mordes"* geworden. Ömer droht jahrelange Haft, und schlimmer, die Abschiebung des *"straffällig gewordenen Ausländers"* (Ömer ist anerkannter Asylbewerber!) in den Folterstaat Türkei....
Die Ermittlungen im Vorfeld des Prozesses sind ein Muster der politischen und juristischen Willkür, mit der verstärkt seit dem Verbot der PKK und anderer kurdischer Vereine und Organisationen der Kurdistan-Solidaritätsbewegung der Mund gestopft werden soll:
Von vorne herein schien für die ermittelnden Behörden eines festzustehen: *"Ömer war's!"*. Eine nach dem Anschlag in der Münsteraner Presse lancierte Personenfahndung, die beim besten Willen nicht auf Ömer paßte, interessierte nachher nicht mehr; ebensowenig ein möglicherweise unpolitischer Hintergrund des Anschlags- ein Racheakt oder ähnliches. In keine dieser Richtungen wurden nach Ömers Verhaftung Nachforschungen betrieben.
Zeuginnen und Zeugen, die Ömer durch ihre Aussage entlasten, wurden ignoriert, dann **kriminalisiert**: Die Staatsanwaltschaft leitete Verfahren wegen *"Strafvereitelung"* und *"Falschaussage"* ein- und das alles **vor Prozeßbeginn!!**
Es steht zu befürchten, daß eine so mühselig konstruierte Anklage mit einer Verurteilung Ömers *"belohnt"* wird. Gegenwärtig sind bundesweit hunderte von Verfahren gegen kurdische Menschen und die Solidaritätsbewegung anhängig. Organisationen werden aufgelöst und kriminalisiert. In Nürnberg steht nun erstmals sogar ein kurdisches Presseerzeugnis von Gericht. Der Raum, in dem sich kurdische wie deutsche Menschen kritisch zu Kurdistan und dem Völkermord äußern können, wird ständig enger.
Daß *"Kurde"* in den Augen einer deutschen Öffentlichkeit gleich *"Terrorist"* ist, hat bittere Tradition.
Neu und bedrohlich am Fall Ömer aber ist, daß nun ganz ungeniert Angeklagten kurdischer Herkunft grundlegende Rechte entzogen werden. Die einseitigen Ermittlungen, der Versuch die ZeugInnen schon vor Prozeßbeginn als unglaubwürdig darzustellen und zu kriminalisieren, all das ergibt eine politische Vorverurteilung *par exellance*! Ein Kurde in Deutschland hat offensichtlich nicht einmal mehr Anrecht auf elementare Grundregeln der "Rechtsfindung"...
Verhindern wir, daß die fortschreitende Entrechtung kurdischer Menschen hinter verschlossenen Türen passiert!

Kommt zum Prozeß!

Landgericht Münster, Raum 10, jeweils 9 Uhr am 22/24/29/30 Januar, 1/6/7/12/14 Februar-
weitere Termine folgen und werden zeitig bekanntgemacht in Apoplex, Prozeßinfos u.a.
Die Termine können sich ändern.
Aktuelle Informationen gibt's jeden Dienstag ab 18 Uhr und Donnerstag ab 19 Uhr im
Infoladen *Bankrott*, Dahlweg 64, 48153 Münster, Tel. 0251/ 799081 (Anrufbeantworter).

V.i.S.d.P.: Vera Figner, Mühsam Allee 1936, 48152 Münster

ung der löhne.(sz,1.dez.95;s.31)

UNSERE MEINUNG DAZU IST:

billige löhne im ausland erzeugen bei uns arbeitslosigkeit,deshalb:
internationale streiks für höhere löhne im ausland und bei uns!
praktische solidarität mit den sozialen kämpfen im trikont und den ehemals realsozialistischen ländern!
senkung der wochenarbeitszeit auf 30 stunden bei vollem lohnausgleich und dafür die schaffung neuer arbeitsplätze!
arbeiterInnen,arbeitslose,schülerInnen,studentInnen und rentnerInnen:
eine front gegen den sozialen kahlschlag!
nehmt euch ein beispiel an den französischen brüdern und schwestern!
laßt euch nicht durch scheinalternativen der reformisten,egal welcher colour (spd,grüne)irritieren.sie alle vertreten die prinzipien der kapitalistischen marktwirtschaft,der konkurruenz und des wettbewerbs.
baut auf eure eigene stärke!

den kampf um höhere löhne und bessere lebensbedingungen weltweit mit dem aufbau einer revolutionären perspektive jenseits der kaptalistischen verwertung und des lohnsystems verbinden!
für die enteignungen der fabriken,häuser,des bodens und der banken durch die proletarische klasse und deren weiterführung durch selbstverwatung in vollversammlungen,komitees und räten!

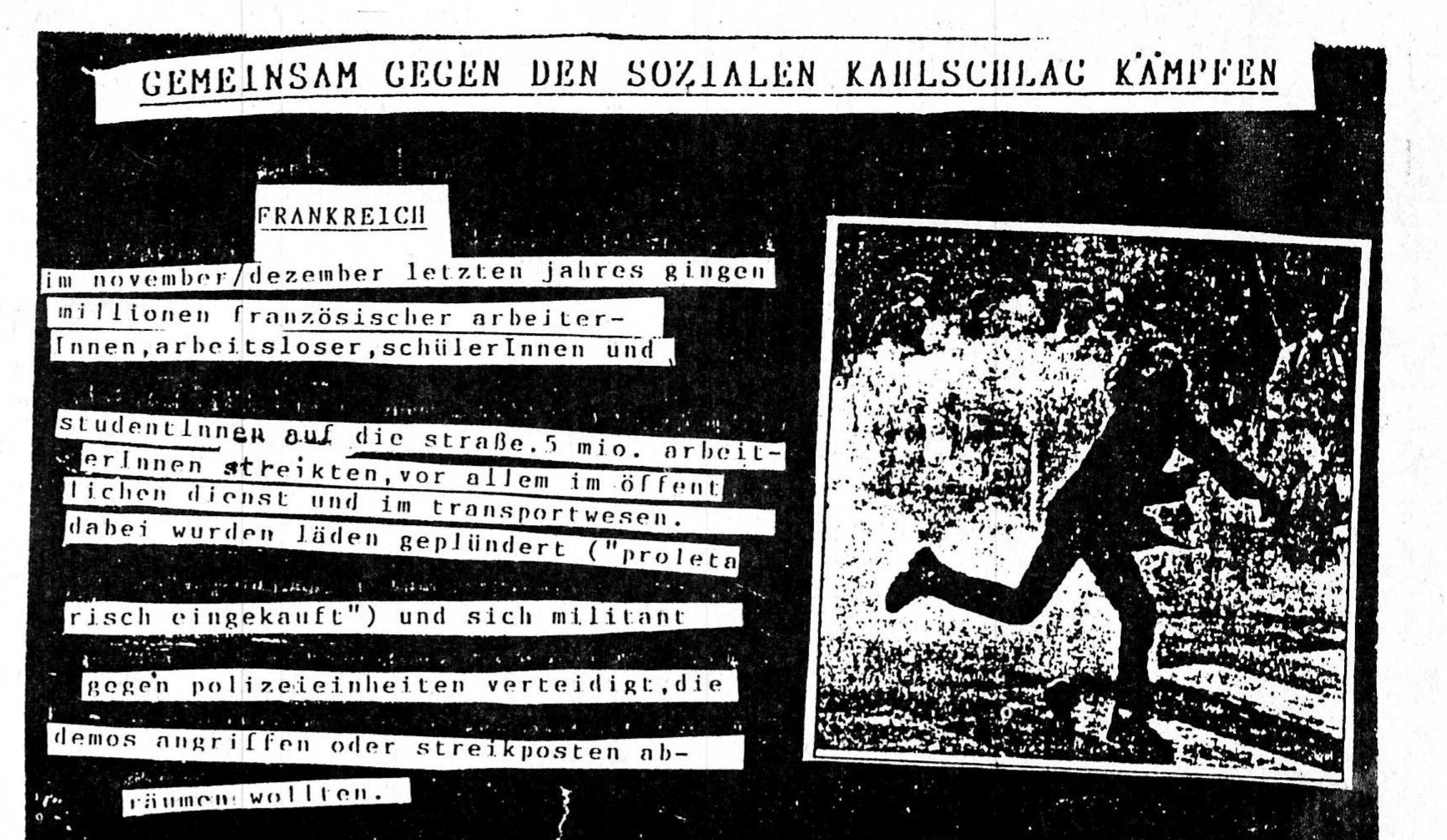
für die soziale weltrevolution!



zusammen
kämpfen!

c/o infoladen,breisacherstr.12,81667 münchen
tel: 089/4489638

veranstaltung am dienstag,den 23.januar
um 19.00 uhr im infoladen,breisacherstr.12
(nähe ostbahnhof) mit film,referat,diskussion
und information,anschließend musik und Kneipe
thema: sozialrevolte in frankreich
sozialpartnerschaft bei uns?



GEMEINSAM GEGEN DEN SOZIALEN KAHLSCHLAG KÄMPFEN

FRANKREICH

im november/dezember letzten jahres gingen millionen französischer arbeiterInnen,arbeitsloser,schülerInnen und studentInnen auf die straße.5 mio. arbeiterInnen streikten,vor allem im öffentlichen dienst und im transportwesen.
dabei wurden läden geplündert ("proletarisch eingekauft") und sich militant gegen polizeieinheiten verteidigt,die demos angriffen oder streikposten abräumen wollten.

ausgelöst wurde diese größte soziale revolte seit 1968 durch die ankündigung drastischer einschnitte in das soziale netz frankreichs,um den überaus hochverschuldeten staatshaushalt zu sanieren.
so sollten z.b. bei der französichen staatlichen eisenbahn 30.000 arbeitsplätze abgebaut werden,die lebensarbeitszeit heraufgesetzt und 6000 bahnkilometer gestrichen werden,um die verschuldete sncf in die schwarzen zahlen zu bringen.
das sparpaket,das der premieminister juppe vorstellte,beträgt 93 mrd.dm (Quelle:junge welt,2./3.12.95).

während die kommunistische gewerkschaft cgt die sich daraufhin im öffentlichen sektor ausweitenden streiks anfangs vorbehaltlos unterstützte,gab sich die sozialistische gewerkschaft cfdt "mit zugeständnissen der regierung zufrieden" (junge welt,2./3.12.95).
als sich jedoch aus den militanten streiks,demonstrationen und plünderungen der arbeiterInnen,schülerInnen,studentInnen und den arbeitslosen jugendlichen aus den vorstädten der französischen metropolen eine gemeinsame front zu bilden begann,ein prozess der selbstorganisierung durch vollversammlungen,delegierte und komitees sich herauskristallisierte - "stark vertreten die kleine linke gewerkschaft sud,... .in ihrem block ein bemerkenswertes transparent: "für ein nationales streikkomitee"."(junge welt,13.12.95) - und zunehmend "auf vielen transparenten die offensive forderung nach senkung der lebensarbeitszeit auf 37,5 jahre für den öffentlichen und privaten sektor"(junge welt,13.12.95) gestellt wurde,fing auch die kommunistische gewerkschaft,die bisher die führung der streiks inne hatte,an,zu bremsen.
so beschloß sie auf ihrem kongreß am 9.12.95 die streichung des artikels 1,der "die abschaffung der kapitalistischen ausbeutung durch die sozialisierung der produktionsmittel" enthält.

desweiteren gab ein kp-führungsmitglied die parole aus:"es seien in jedem falle eine auflösung des parlaments und ein regierungswechsel zu vermeiden,da die partei nicht darauf vorbereitet sei"(junge welt,9.12.95).
gleichzeitig machte premieminister juppe den am hartnäckigsten streikenden eisenbahnern zugeständnisse,ließ aber die sparmaßnahmen im kern unangetastet.
dies wirkte sich zusätzlich demobilisierend auf die soziale bewegung aus.
die rolle der kp war,wie schon 68,die streikende basis unter kontrolle zu behalten,jede selbstorganisierung zu unterbinden und im richtigen moment zu demobilisieren,um den druck von unten in verhandlungen über laue kompromisse münden zu lassen.

die staatsverbundenheit der kp,ihre fehlende revolutionäre perspektive jenseits von kapitalistischer marktwirtschaft und bürgerlicher demokratie,die aber im keim in den vollversammlungen,delegierten und komitees der streikenden und demonstrierenden massen steckt,machen sie zu einer reformistischen partei.und für reformen innerhalb des systems,die die lage der unteren schichten verbessert,ist wegen der hohen staatsverschuldung und der internationalenkapitalistischen konkurenz allerdings kein spielraum.

von daher ist es nicht verwunderlich,wenn die kp auf einen regierungswechsel "nicht vorbereitet" ist.es stellt sich heraus,daß linke reformistische kräfte objektiv der verlängerte arm der unternehmer und des staates in der proletarischen klasse sind,um aufstände und sozialrevolutionäre ansätze im vorhinein zu unterbinden.weit effektiver als es bullen,militär und justiz jemals konnten!

KLEINE CHRONIK DES SOZIALABBAUS IN DER BRD:

-im zeitraum von 1991 bis zum 1.halbjahr 95 fielen die löhne im westen der brd nach abzug von steuern,sozialabgagen und preisanstieg real um 6% .
(quelle:sz,15.12.95,s.29)

1996 wird die zahl der arbeitslosen offiziell über 4 millionen steigen.
die zahl der sozialhilfeempfängerInnen beträgt 2,5 millionen und nimmt ständig zu.

-in deutschland gibt es inzwischen 1 million obdachlose und jeden winter erfrieren ein paar von ihnen.

-im vergangenen jahr kürzte die bundesregierung aus cdu/csu und fdp die sozialhilfe und das arbeitslosengeld um 3%.

-im bildungsbereich wurden die klassenstärken heraufgesetzt,die stundenzahl der lehrer erhöht und im hochschulbereich planstellen gekürzt (an der tu münchen 120).außerdem beschloß das bundeskabinett auf die hälfte des bafög,das bisher als zinsloses darlehen gegeben worden war,einen zins von 8,5% zu erheben.dies bedeutet,daß bei einer höchstförderung von 70.000dm pro student /in er/sie insgesamt 72.000 dm zurüchzahlen muß.
dazu heldrich,lmu-direktor von münchen:"die entscheidung birgt ein gewisses potential an sozialen unruhen in sich." und:"diese neue regelung gehe eindeutig zu lasten der sozial schwächeren."(sz,15.dez.95,s.43)
dazu meinen wir: laßt uns dieses "potential an sozialen unruhen" aktivieren!

-ebenfalls steigen ab 1.1.96 die sozialabgaben: die rentenbeiträge von 18,6% auf 19,2%,die krankenkassen um durchschnittlich 0,3%,wobei gleichzeitig bei den gesetzlichen kassen die leistungen gekürzt bzw. die selbstbeteiligung erhöht worden ist.ab 1.july 96 steigt der pflegeversicherungsbeitrag um 0,7%,was einseitig zu lasten der arbeiterInnen geht.(information aus az, 31.dez.95,s.8)

EIN AUSZUG VON DEM,WAS UNS NOCH BEVORSTEHT,WENN WIR UNS NICHT ORGANISIERN UND GEMEINSAM DAGEGEN ANKAMPFEN

"die regierung kohl will unbeschadet der trostlosen situation auf dem arbeitsmarkt eine weitere verlängerung der lebensarbeitszeit durchsetzen,..."
(neues deutschland,19,dez.95,s.9)
"...der präsident des deutschen industrie- und handelstages,hans-peter stiehl, die ansicht geäußert,die renten müßten auf lange sicht gesenkt werden. (...) der vorsitzende des wirtschaftssachverständigenrates,herbert hax,hatte sich dafür ausgesprochen,in ferner zukunft über die rentenversicherung nur eine grundrente abzusichern... ."(sz,23.12.95,s.1)
"letzte woche debattierte die hochschulrektorenkonferenz (hrk) auf ihrer vollversammlung in bonn über ein gebührenmodell,wonach jeder student pro semester 1000 dm berappen soll,um die finanznot der universitäten zu lindern."(spiegel,nr.47/1995,s.89)
"die deutsche bauindustrie erwartet,daß 1996 bundesweit 90.000 von 1,5 mio. arbeitsplätze verloren gehen.schuld seien die schlechte konjunktur und ausländische billigunternehmen,die auf den deutschen markt vordringen."
(az,28.12.95,s.4)

	erwartete gewinnsteigerung je aktie 95/96	arbeitsplatzabbau 96
siemens:	8.- dm	-7000
deutsche bank:	0,60 dm	-1500
daimler benz:	60.- dm	-20.000
bayer:	3.- dm	-2000

(information aus: spiegel,nr.51/1995,s.76f.)
-arbeitgeberpräsident "murmann hatte einen teilweise variablen "drei-säulen-lohn" vorgeschlagen: ein festes mindestentgeld,unter dem heutigen tarif,eine ertragsabhängige sonderzahlung und eine individuelle leistungszulage."
(sz,4.1.96,s.2)

faßt man die obige aufzählung zusammen,so ist das ergebnis der letzten jahre eine gewaltige umverteilung des gesellschaftlichen reichtums von unten nach oben,bei der alle proletarischen schichten (arbeiterInnen,arbeitslose,schülerInnen,studentInnen und rentnerInnen) betroffen sind.
egal,wo mensch hinsieht,in die brd,nach frankreich,belgien,italien,england oder usa,überall finden lohnabbau und der rückzug des staates aus seinen sozialen verpflichtungen statt.
es ist dies eine allgemeine erscheinung der westlichen metropolengesellschaft.

war das kapital durch die revolutionsversuche in den 20er jahren unseres jahrhunderts und durch die klassenkämpfe seit 68 bis in die 80er jahre in den westlichen industrieländern gezwungen worden,ein hohes lohnniveau und eine gewisse soziale absicherung bei arbeitslosigkeit,krankheit und im alter zu gewährleisten,so versuchte es die dadurch geschmälerte profitrate durch folgende dinge auszugleichen bzw. zu steigern:
intensivierung der arbeitshetze in der fabrik,steigerung der produktivität, eroberung neuer märkte und erschließung neuer resourcen und billigem arbeitskräftepotentials in der sogenannten 3.welt,und der aufnahme von staatsschulden.
die profitrate(=gewinn pro eingesetztem kapital)fällt aber aufgrund der internationalen konkurrenz und die damit ständige,durch rationalisierung,in der folge arbeitsplatzabbau,und den kauf immer modernerer und teuerer maschinen, erzwungene steigerung der produktivität.weltweite absatz- und überproduktionskrisen und firmenpleiten sind die folge.
die kapitalisten versuchen deshalb heute immer mehr, "neben" der ungeheuren ausbeutung der menschen im trikont(=3.welt),in den westlichen metropolen die löhne zu senken und den anteil,den sie für rente,krankenkassen und arbeitslosenversicherung,sowie die kosten für bildung zahlen über ihre marionettenparteien cdu/csu,fdp,spd,grüne zu senken und damit die profite zu stabilisieren.
dabei dro hen sie den arbeiterInnen hier die produktion in billiglohnländer nach asien,südamerka oder in den osten zu verlagern,sollten diese nicht niedri geren löhnen zustimmen.
gleichzeitig versuchen sie die proletarische klasse in den westlichen ländern durch rassismus und nationalismus zu spalten und gegeneinander auszuspielen, sowie arbeiterInnen gegen arbeitslose,schülerInnen,studentInnen und rentnerInnen;dazu murmann,arbeitgeberpräsident:"die einseitig auf arbeitsplatzbesitzer ausgerichtete tarifpolitik muß beendet werden."und fordert dann die senk-

NORMalisierung von rechts Biopolitik und „Neue Rechte"

von Andreas Speit

In seiner jüngsten Publikation „Normalisierung von rechts - Biopolitik und 'Neue Rechte'" setzt sich Udo Sierck, wie der Untertitel bereits verrät, mit den sozio-biologistischen Konzepten und Visionen der sog. „Neuen Rechten" auseinander.

Bereits im Vorwort stellt er dar, daß es sich nicht um ein „Randproblem" handelt. „Wohnungslose, homosexuelle oder behinderte Menschen werden auf offener Straße angepöbelt, angefallen, erschlagen. Finden die Überfälle in den Medien Erwähnung, einigt man sich schnell auf die Tätergruppe 'Skinhead' und wäscht seine Hände ansonsten in Unschuld. Genauere Recherchen vor Ort ergeben, daß es sich häufig um ganz 'normale' Jugendliche und Erwachsene handelt, die ihren Aggressionen freien Lauf lassen. Und die über sie verbreitete Empörung macht in Ratlosigkeit: Wie ist das nur möglich? Die auf die (Individual-)Täter-Opfer-Perspektive ausgerichtete Berichterstattung erweckt den Eindruck, die Angriffe kämen völlig überraschend, 'aus heiterem Himmel'. Es wird so getan, als gebe es keine Bürgerinitiativen gegen Flücht-lingsunterkünfte oder gegen Behindertenwohnungen in der Nachbarschaft, als sei die Gewalt gegen Schwule ein neues Phänomen oder gehöre die Vertreibung von Sinti und Roma nicht zum ordnungspolitischen Tagesgeschäft. Die Gewalt findet jedoch in der Mitte der Gesellschaft statt".

Und diese „Gewalt aus der Mitte der Gesellschaft" ist seit der Etablierung der „rassen- und sozialhygienischen Ideen zu Beginn dieses Jahrhunderts eine latente tödliche Bedrohung. Es „existiert eine", wie Udo Sierck hervorhebt „sozialrassistische Linie, die sich gegen verarmte, in der Sexualität unangepaßte, gegen physisch oder psychisch oder sonstwie auffällige Menschen aus der Bevölkerung richtet. Die Aussonderung konnte und kann sich auf das 'gesunde Volksempfinden' stützen" (S. 6).

Daß dieses Buch aber auch unter einem anderen Aspekt unbequem sein soll und zum Nachdenken und Sich-selbst-hinterfragen anregen möchte, macht Udo Sierck ebenso im Vorwort deutlich, in dem er feststellt: „Daß Rassismus und Sozialrassismus zusammengehören und gegen beide gehandelt werden muß, ist auch in linken Kreisen keine Selbstverständlichkeit - teilweise aus Unwissenheit über die Verknüpfung, aber auch deshalb, weil diese Auseinandersetzung auf eigene Wertvorstellungen und Menschenbilder stoßen würde. So dürfte es kein Zufall sein, daß es kritische Analysen zur Wiederbelebung der 'nationalen Identität' gibt, daß für die Politikfelder der Asylgesetzgebung oder der Inneren Sicherheit die Annäherung an rechtsextreme Ideologien herausgearbeitet wurde, daß Recherchen über Nazi-Rock, die Medienmacht der Rechten und ihre Verleger exisitieren: Über die sozio-biologischen Vorstellungen der 'Neuen Rechten' und deren Einbindung in laufende Entwicklungen findet sich jedoch fast nichts" (S. 6). Über die Frage wieviel „fast nichts" ist, braucht nicht spekuliert zu werden, zu offensichtlich ist die beschriebene Diskrepanz. Auch positive Gegenbeispiele dürfen nicht über diese Realität hinwegtäuschen. Mit seiner Publikation möchte er den Blick entsprechend erweitern.

In Anlehnung an Michel Foucault verwendet Sierck den Begriff „Biopolitik": „Gemeint ist damit: Physische und psychische Gesundheit ist ein zentrales Thema in Alltag und Politik geworden. Der menschliche Körper wird zum Austragungsort des politischen Geschäftes. Biopolitik hat sowohl den Einzelnen als auch die Allgemeinheit im Blick. Dabei tritt die biologische Norm zunehmend an die Stelle gesetzlicher Vorgaben". Die letzte Konsequenz dieser Entwicklung bedeutet „die physische Entfernung des Ärgernisses" (S.7).

Untergliedert ist das Buch in sechs Abschnitte:

Im ersten Abschnitt geht Sierck kurz auf die Organisation, Struktur und Ideologie der sogenannten „Neuen Rechten", mit Schwerpunkt auf ihre „Biopolitik", ein. Ausgeblendet wird die aktuelle Diskussion, inwieweit mit dem Signum „Neue Rechte" überhaupt gearbeitet werden kann und soll. Er legt dar, daß an der „Neuen Rechten" nichts neu ist und daß die Grenzen verwischen. „Zu peinlich wäre eine Diskussion zwischen Repräsentanten der Rechtsaußenparteien, Christ- und Sozialdemokraten. Denn keiner der Zuhörer würde große inhaltliche Unterschiede feststellen" (S. 14).

Die Vordenker und Vorbilder der sich neugebenden „Rechten" finden im zweiten Abschnitt Beachtung. Udo Sierck umreißt Carl Schmitts „Lehre vom autoritären Staat" und die von ihm propagierte Vorstellung, daß „zur Demokratie also notwendigerweise Homogenität" und „zweitens - nötigenfalls die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen" gehören (S. 19f) und beleuchtet Ernst Jüngers Nationalismus und Antisemitismus. Nach Schmitt und Jünger werden der Rassenwissenschaftler Hans F.K. Günther und der Erbforscher Fritz Lenk, bzw. dessen Selktionsthoerie, dargestellt. Nicht fehlen dürfen Konrad Lorenz, dessen Schüler Irenäus Eibl-Eibesfeld und Arthur Jensen, als auch Hans Jürgen Eysenck. Bei allen legt er knapp die zentralen Inhalte und ihre Relevanz für die „Neue Rechte" dar.

Im Dritten Abschnitt werden die „Wirkungsfelder" der „Neuen Rechten" aufgezeigt. Neben personellen und strukturellen Verbindungen in Stiftungen, Seminaren und Zeitschriften werden inhaltliche Verlechtungen benannt. Namentlich Erwähnung findet u.a. die „Friedrich-von-Siemens-Stiftung", das „Studienzentrum Weikersheim", das „Thule-Seminar" und das „Collegium Humanum", sowie die „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung". In den beiden Unterabschnitten „Ökologie- und Friedensbewegung" und „Familie, Gesundheit, Soziales", werden alt bekannte Verflechtungen, z.B. Max Otto Bruker und Co., als auch inhaltliche Überschneidungen, wie „natürlicher Lebensraum", gesunde Ernährung und Rassismus, erwähnt und neue aufgezeigt.

Einzelne Aspekte der „Soziobiologie" und Bevölkerungspolitik umfaßt der vierte Abschnitt im Buch. Einiges wird vertieft. Unter anderem geht Sierck auf die „Triebtheorie" im Zusammenhang mit dem „Ethnopluralismus" ein, er stellt die Beziehung von „Elite und Genetik" dar, und setzt sich mit dem „Kampf der Wiegen", der herrschenden biologistischen, rassistischen und sexistischen Geburtenkontrolle auseinander.

Im fünften Abschnitt „Genetische Fahndung: Von der Prävention zur Diktatur der Normalität", zeichnet Sierck aktuelle Entwicklungen nach. Offensichtlich wird, wie wenig Berührungsängste und wieviele Gemeinsamkeiten zwischen „neurechten" Vorstellungen, Forderungen und theoretischem Fundament und der herrschenden Politik vorhanden sind und wie diese künftig noch mehr zum Tragen kommen werden. Es ist deutlich zu sehen, wie wenig entfernt die Verfasser von Artikeln für die „Junge Freiheit" oder „Criticón" von denen sind, die „Bioethik-Konventionen" verfassen, in denen sie überlegen wie sie diesem „Diskurs" mehr Akzeptanz verschaffen können.

Den Abschluß der Publikation bildet der Abschnitt „Körper und Seele: Anthroposophie, 'New Age' und Philosophie der Fitneß". Im Mittelpunkt dieses Abschnittes stehen Überschneidungen eben jener Szene und „Ideologie" zum Faschismus im allgemeinen und zum Neofaschismus - der „Neuen Rechten" - im besonderen. Hierbei bringt er einzelne Aspekte, die schon angeschnitten wurden, zusammen.

Udo Sierck arbeitet heraus, daß die „Neue Rechte" verbal Zurückhaltung übt, wenn es um Eugenik, 'Euthanasie', Pflicht zur Gesundheit oder Selbstverantwortung bei Krankheiten geht. „Eine Vorreiterrolle übernehmen 'neurechte' Wissenschaftler hingegen in der Soziobiologie mit ihren Behauptungen von der natürlichen Ungleichheit der Völker und den naturgegebenen Fähigkeiten der Individuen. Die Soziologie wird zur Soziobiologie, die Ethik zur Bioethik. Rassismus und 'Lebenschutz'-Behauptungen erhalten Auftrieb durch neue Forschungen, die alles Soziale genetisch verorten. Die 'Festung Europa' aus Sicht neurechter Bevölkerungspolitik ergänzt sich mit der Zucht und Ordnung nach innen" (S. 9.). Deutlich kristalisiert er heraus, daß die Soziobiologie ein entscheidendes ideologisches Segment der „Neuen Rechten" ist.

Zum Schluß seines Buches zeigt Udo Sierck die tödliche Konsequenz auf. „Sobald in einer Gesellschaft Einigkeit über die Kriterien der Aussonderung besteht, müssen die Ausgegrenzten damit rechnen, diskriminiert und in historisch gewachsene, gefährliche Rollen gepreßt zu werden. Die mit diesen Urteilen einhergehenden zwischenmenschlichen und räumlichen Distanzierungen erhöhen für die Gemeinten letztendlich ihr Tötungsrisiko. Denn Gewalt wird eher gegen jene gewandt, mit denen sich nur wenige identifizieren. Auf dieser Basis schlagen Urteile in Gewalt um" (S. 96).

Udo Sierck wird seiner selbst formulierten Intention gerecht, die biopolitischen Vorstellungen der „Neuen Rechten" in den Vordergrund zu heben und den gesellschaftlichen Kontext zu beleuchten. Bekanntes wird unter einem anderen Blickwinkel betrachtet und durch neue Fakten erweitert. So werden, zum einen diejenigen, die vielleicht dachten, „schon wieder ein Buch mehr zur 'Neuen Rechten'", interessante und neue Aspekte finden können. Zum anderem werden auch diejenigen, die sich erstmals an das Thema wagen, einen sehr guten, informativen Überblick bekommen. Das 114 Seiten starke Buch entlarvt und zwingt zum Nachdenken und Reflektieren. ■

Udo Sierck:
„NORMalisierung von rechts, Biopolitik und »Neue Rechte«",
Verlag Libertäre Assoziation, 114 S., 18 DM

Veranstaltung

am Freitag den 2. Feb. 1996 20⁰⁰

mit **Udo Sierck** zu seinem neuen Buch

NORMalisierung von rechts

im **Buchladen Schwarze Risse**,
Gneisenaustraße 2a, Mehringhof

"Daß Rassismus und Sozialrassismus zusammengehören und gegen beide gehandelt werden muß, ist auch in linken Kreisen keine Selbstverständlichkeit - teilweise aus Unwissenheit über die Verknüpfungen, aber auch deshalb, weil diese Auseinandersetzung auf eigene Wertvorstellungen und Menschenbilder stossen würde. (...) Der erneute Aufschwung des Biologismus seit Beginn der 70er Jahre ist eine Antwort auf die Entstehung der sozialen Bewegungen und ihre Forderungen nach Gleichbehandlung und Gerechtigkeit: Der Verweis auf die angebliche Dominanz genetischer Vorgaben soll Veränderungen in den gesellschaftlichen Machtstrukturen oder wirtschaftliche und soziale Zugeständnisse an die Diskriminierten ersetzen."

„Grundsätze der anarchistischen Bewegung"

1. Treffen für eine anarchistische Grundsatzdiskussion

3.-5. Mai 1996, Dezentral

Wittelsbacherallee 45, Frankfurt/Main



Programm:
3.5. (Freitag), Dezentral:
18 bis 20 Uhr: Anreise
20 Uhr: Vorstellungsrunde und AG-Einteilung
4.5. (Samstag), SchülerInnenladen:
9-10.30 Uhr: Frühstück
anschl. AG's bis 19 Uhr mit Pausen und Essen
20 Uhr: Programm im Dezentral
5.5. (Sonntag), Dezentral:
10 Uhr: Abschlußfrühstück
anschl. Plenum mit ersten Ergebnissen
14 Uhr: Abreise

Die TeilnehmerInnenzahl ist auf 45 Leute begrenzt. Wir wollen darauf achten, daß aus vielen Regionen und aus unterschiedlichen anarchistischen Gruppen Leute anwesend sind. Daher sollten möglichst nur ein/zwei Delegierte je Gruppe kommen.

Anmeldung: durch Überweisung des Kostenbeitrages von **55.- bzw. 40.- DM ermäßigt** (für Essen, Unterkunft etc.) auf unten stehendes Konto
Anmeldeschluß: 10. April 1996
Die Reihenfolge der Eingänge entscheidet.
Für Übernachtungsmöglichkeiten ist gesorgt. Bitte Isomatte und Schlafsack mitbringen.
Leute, die regelmäßig den Rundbrief zu der Grundsatzdiskussion zugeschickt bekommen wollen, überweisen bitte 10.- DM auf folgendes Konto:
Konto für Anmeldungen, Spenden etc.:
T. Schupp, Postbank Frankfurt 560973-607, BLZ 500 100 60. Name, Adresse und Verwendungszweck nicht vergessen!

Veranstalter: Libertäres Forum Frankfurt, c/o Dezentral, Wittelsbacherallee 45, 60316 Frankfurt/Main, Tel./Fax 069-4909203

Zu der anarchistischen Grundsatzdiskussion

Die Resonanz auf unseren Aufruf zur Diskussion über anarchistische Grundsätze wächst. Daher haben wir nun ein erstes Treffen angesetzt, um über die weiterer inhaltliche und organisatorische Vorgehensweise mit allen Interessierten diskutieren zu können.
Zur Vorbereitung des ersten Treffens soll ein Rundbrief erscheinen. Vielleicht gibt es eine Passage aus einem Buch oder einem Zeitungsartikel, wo für Euch „Anarchie" kurz und prägnant beschrieben ist. Wenn Ihr uns davon eine Kopie schickt, könnten wir diese mit der Einladung zum Treffen rumschicken. Einsendeschluß: 10. April 1996
Gelegentlich bekommen wir Anfragen, wie denn unsere Position zu BAD sei. Die Idee des BAD (Büro für anarchistische Diskussionen) aus Berlin entstand im letzten Jahr parallel und unabhängig zu unserem Aufruf. Wir haben Kontakt zu den Initiatoren aufgenommen und unterstützen die Idee des BAD. Wir sehen beide Projekte als gegenseitige Bereicherung für anarchistische Diskussionen. BAD diskutiert in Rundbriefen Schwerpunktthemen, an denen sich alle, die Lust haben, beteiligen können. Anfang 1996 soll der erste BAD-Rundbrief zum Thema „Werte" erscheinen.
Kontakt: BAD, c/o Jochen Knoblauch, Knobelsdorffstr. 8, 14059 Berlin, Fax 030/3215549.
Unser Aufruf zielt dahin, Gemeinsamkeiten aus anarchistischen Diskussionen herauszufiltern und komprimiert als anarchistische Grundsätze zu veröffentlichen. Sie sollten von allen relevanten anarchistischen Richtungen und etlichen Gruppen mit Kontaktadressen unterschrieben sein.
Die Grundsätze wären eine Basis, um gelassen aktuelles anarchistisches Gedankengut weiterentwickeln zu können. Natürlich wollen wir auch die Unterschiede festhalten, aber nicht in den Vordergrund stellen.
Uns ist es nicht wichtig, eine größere Verbindlichkeit in der anarchistischen Bewegung herzustellen. Praktische Zusammenarbeit jenseits der Grundsatzdiskussion wäre für uns eher ein nützlicher Nebeneffekt.

Wir hoffen auf rege Teilnahme an der Diskussion und würden uns freuen, den einen oder die andere von Euch beim ersten Treffen in Frankfurt zu sehen.

Achtung
Wir würden uns freuen, wenn nebenstehende Anzeige in möglichst vielen anarchistischen Druckwerken erscheinen könnte.

Einladung

Montag, 22.1.1996, 20 Uhr
Literaturwerkstatt Berlin, Majakowskiring 46/48
Nanni Balestrini diskutiert mit Ferdinand Schmatz über "I Furiosi. Die Wütenden"
(Edition ID-Archiv, 1995)

Pressestimmen zu "I Furiosi":
- "Mit I Furiosi lernt man Europa von einer anderen Seite kennen." (Daniel Cohn-Bendit, Literaturclub des Schweizer Fernsehen 19.12.95)
- "Linksfaschismus!" (Andreas Isenschmid, Literaturclub 19.12.95)
- "Die verlorenen Söhne Italiens, die aus den Vorstädten kommen und in ihrere Sehnsucht nach Gemeinschaft in stinkenden Sonderzügen quer durch Europa fahren und ihre Fußballmannschaft begleiten - diesen Fans gibt Balestrini seine Stimme." (Alfred Hackensberger, Tempo 1/96)
- "Daraus eine Komplizenschaft des Autors mit seinen Protagonisten ableiten zu wollen, ist zwar falsch, aber Balestrini, das legt schon sein Verfahren nahe, hat auch nicht die Absicht, Orientierung zu geben oder Trost zu spenden." (Christoph Biermann, taz 28.10.95)

Mittwoch, 7. Februar, 20 Uhr
~~Mehringhof, Gneisenaustr.2a~~
Joachim Hirsch diskutiert sein neues Buch
"Der nationale Wettbewerbsstaat"
(Edition ID-Archiv 1995)
Veranstalter: Jour-Fixe-Gruppe, Bahamas

"Hirsch operiert mit der kritischen Theorie, dem französischen Neomarxismus und der 'Regulationsschule'. Der Frankfurter Professor bezieht sich hierbei auf ein sozialrevolutionäres Politikkonzept außerparlamentarischer Bewegungen, das durch Selbstorganisation, Kulturrevolution und Selbstkonstitution des rebellischen Subjekts gekennzeichnet ist." (Terz, Düsseldorfer Stadtzeitung, 1/96)



Edition ID-Archiv

Postfach 360205
D-10972 Berlin

Büro Mehringhof
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
Tel.: 030/694 77 03
Fax: 030/694 78 08

Büro Siegen
Tel./Fax: 0271/385 495

Buchhandelsauslieferung
Rotation Vertrieb
Mehringdamm 51
10961 Berlin
Tel.: 030/692 79 34
Fax: 030/694 20 06

Einzelversand
Edition ID-Archiv
– Buchversand –
Knobelsdorffstraße 8
14059 Berlin
Tel.: 030/322 71 17
Fax: 030/321 55 49

Bankverbindung
Postgiroamt Dortmund
BLZ 44010046
Konto Nr. 3568-464
(Inh. Martin Hoffmann)

ID-Archiv
ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte/Amsterdam
Cruquiusweg 31
NL-1019 AT-Amsterdam
Tel.: 0031/20/668 58 66
Fax: 0031/20/665 41 81
E.Mail:axel@IDArchiv.Hacktic.NL

Veranstaltung von

Colpo

anarchistische Medien- und Aktionswerkstatt

Das Recht auf Faulheit.

Über die Lüge der Arbeitsplätze, der Arbeit und über die Ausbeutung durch die Arbeitsplatzdiskussion

Videocollage mit Vortrag und Diskussion

Knapp 4 Millionen Arbeitslose, 2 Millionen die als stille Reserve schon gar nicht mehr nach Arbeit ausschauen und steigende Gewinne der Unternehmer, die Realität 1996. Wer noch immer hofft das dies in den nächsten Jahren anderst wird, lügt sich weiter was in die Tasche.

Sowohl von der Unternehmerschaft wie auch von dem Staat wird keine Änderung kommen, da es unmöglich ist.

Wo aber liegen die Perspektiven, wo die Utopien?

Dienstag, 30.01. um 19.00

Themroc

Über den Ausstieg aus der Zwangswelt, ein Film mit satirischem Biß und der anarchistischen Vision

Videofilm auf Großleinwand

Ein Arbeiter protestiert gegen seine inhumane Umwelt, indem er sich der bürgerlichen Ordnung verweigert.

Eine etwas überzogene anarchistische Vision und ein satirisches Vergnügen.

Dienstag, 30.01. um 21.00

Veranstaltungsort:
El Locco, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin
S/U-Bahn Yorckstr.

---

für den Aufbau von starken Frauenbefreiungsbewegungen weltweit

enternasyonal Kadın/Lezbiyen Mücadele Günü

internationaler Frauen/Lesben Kampftag

8. März

8. Mart

Vorbereitungstreffen - Hazırlanma Toplantısı

2.2.96 20⁰⁰h

Hälehaus, Waldemarstr. 36

HH. 2. Stock, r.



yaşasın enternasyonal feminist dayanışma

Hoch die internationale feministische Solidarität

dünya çapında güçlü kadın kurtuluş hareketler kurmak için

KURDISTAN · NEWROZ 1996
SPURENSUCHE

Hunderte internationaler Menschenrechtsbeobachter fahren seit zwei Jahren zum Neujahrsfest Newroz nach Kurdistan. Ihr Ergebnis war der Beweis des Einsatzes deutscher Waffen bei der Zerstörung des Landes. In Bildern und beeidigten Aussagen. Durch solide Recherche und glaubwürdige Aussage entstand ein anerkanntes Menschenrechtsinstitut für Kurdistan. Bonn dementierte die Beweise, die kürzlich selbst türkische Militärs bestätigten.

KURDISTAN bleibt weiter abgeriegelt. Seine Erde wird verbrannt. Die Menschen flüchten und sterben. Zeugen der Verbrechen sind unerwünscht. Zeugen liefern Beweise. Über den andauernden Krieg. Nur die kurdische Seite erklärt einen Waffenstillstand und ihre Bereitschaft zu Verhandlungen über eine politische Lösung. Auch dies soll & muß bezeugt werden. An Ort und Stelle.

Am 21. März 1996 begehen die Kurden erneut das Newroz-Fest. Als Tag des Freiheitswillen in Anbetracht von Militärpräsenz und Repression.

ZEUGEN GESUCHT

Wir rufen seriöse Interessierte dazu auf, in der Zeit vom 18. März bis zum 15. April '96 an unseren Menschenrechtsdelegationen nach Kurdistan teilzunehmen.

- Ihre Anwesenheit bietet Schutz für die Zivilbevölkerung
- Sie erbringen wirkungsvolle Beweise für Menschenrechtsverletzungen
- Als Mitglied einer entsprechenden Berufsgruppe können Sie mithelfen, die medizinischen, psychosozialen & ökologischen Folgen des Krieges zu belegen.

Sie können nicht zuletzt dazu beitragen, die Einhaltung des Waffenstillstandes durch Kurden und seine mögliche Verletzung durch die Regierung in Ankara zu bestätigen.

Ihre Arbeit ist ein konkreter Beitrag zum Frieden, für Demokratie und eine politische Lösung.

Interessierte und Unterstützer wenden sich an:
NEWROZBÜRO 1996
Obermainanlage 7 · 60314 Frankfurt
Tel.: 069/43 66 12 · Fax: 069/43 60 02

Spendenaufruf für die Flüchtlinge der mit deutschen Waffen zerstörten kurdischen Regionen. Stichwort: »Kurdistan«
medico-Konten:
1800 Frankfurter Sparkasse
(BLZ 500 502 01)
6999-508 Postbank Köln
(BLZ 370 100 50)

medico international
Obermainanlage 7 · D-60314 Frankfurt · Tel. 069/94438-0

Es ist viel passiert letzte Woche, es war viel los, nicht nur Ereignisse die hoffen lassen.

In Lübeck sterben by einem Brand in einer AsylbewerberInnen -Unterkunft mindestens 10 Menschen.

Die Frage, wer das Feuer gelegt hat, ist zweitrangig und soll nur von der Tatsache ablenken, dasz die Branstifter in Bonn sitzen(...und wenn wir nix dagegen tun, bald in Berlin.)

Auf der schnell organisierten Demo am Freitag(Schätzung: 1000 Menschen?) wurde es dann auf den Punkt gebracht:

KANTHER DAS HEISZT FOLTER
KANTHER DAS HEISZT MORD
KANTHER ENTFÜHREN JETZT SOFORT

Allerdings war die Woche auch gespikt mit allerlei anderen autonomo-kulturellen Verantstaltungen.

Die Häusertage fanden statt, eine gelungene und wichtige Aktionswoche mit Disskusionen, Kultur und lecker VoKü, wollen wir hoffen das was bleibt, in erster Linie natürlich die Häuser.

By ziemlich widerlichen Tempraturen fand dann am Samstag die Abschlusz-Demo zu den H-Tagen statt(500 Menschen u.viele Hunde) Die Demo-Route war geil, sie führte vorby an Möglichkeiten für die Zukunft und an Errungenschaften der Vergangenheit, zu erwähnen wäre noch das die Demo ein komplettes Schlagzeug mitführte, das auch phat genutzt wurde, schön.

In der Samstagnacht wurde dann getanzt, auf dem radikal-Soli -Rave in der Køpy-Dancehall.

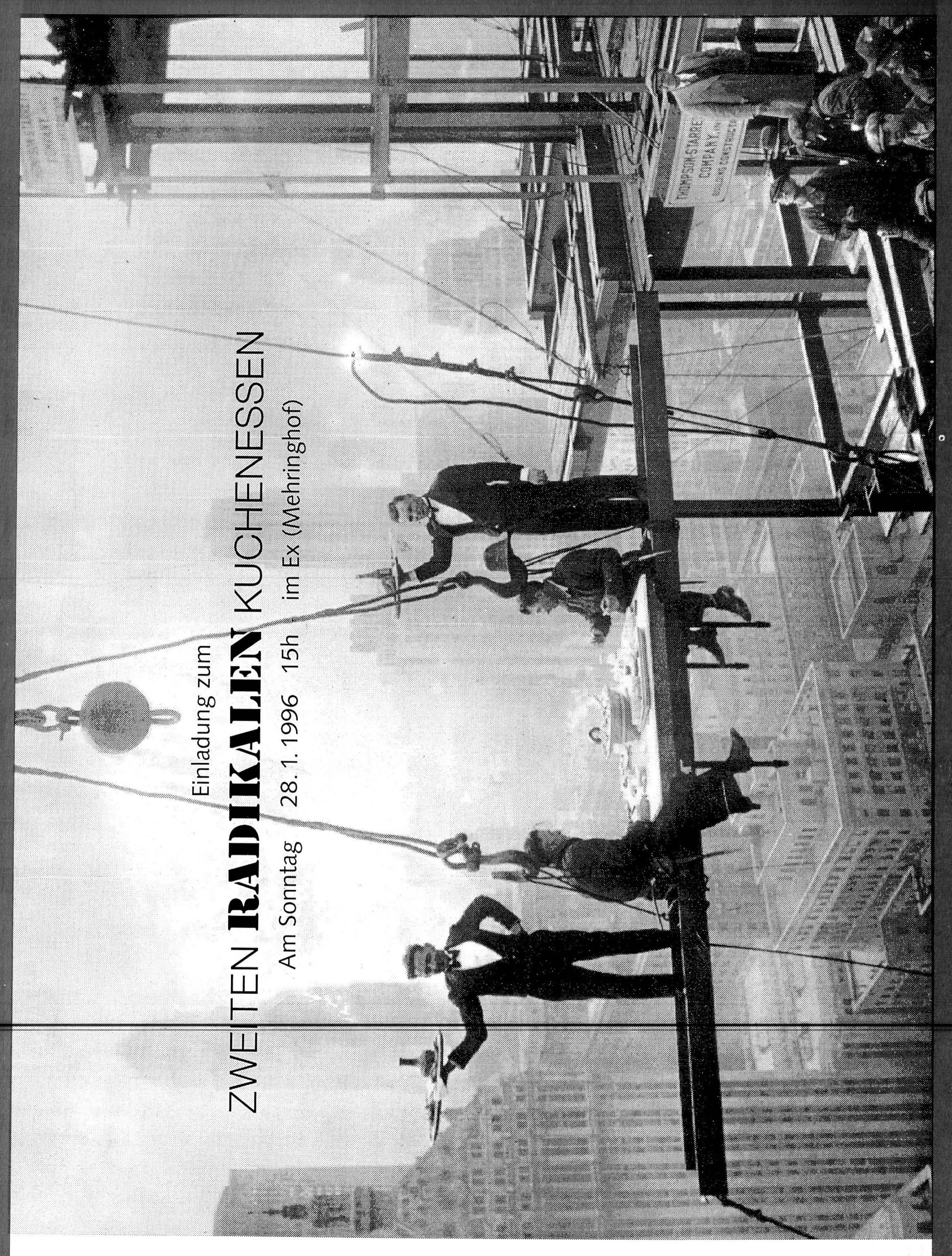
7 Schleifen Eintritt, es war gerammelt voll, super für die radi-Soli-Kasse, die VerantstalterInnen hatten sich echt geile Sachen ausgedacht, alles nett gemacht, für die techno-Begeisterten unter uns sicher ein korrekter Evemt.

Vergessen und/oder vernachlässigt wurde: Karl + Rosa-Bullen hauen drauf, jW-Party: inhaltslos, teuer aber gut und zu guter letzt, Mainzerstr.23 besetzt(Stand 20.1. sechs Leute machen weiter), in diesem Sinne...nicht vergessen, ab 31.1. schlieszen wir uns zusammen um unsere über MARCHSTR!/EINSTEINUFER! wehende schwarz/rote Fahne zu verteidigen.

Häuser bleiben alle! no pasaran!

DerKampf um mietfreien Wohnraum ist international

a.k.w.



Auch dieses Mal wird der Kuchen angereichert mit Infos zum Stand der Verfahren zu Radikal und jede Menge Platz für Diskussionen und Gedankenaustauch über die Abgetauchten, ZeugInnenvorladungen, Beugehaft...